

Gegen Rassenwahn – Klassensolidarität!

**Für uneingeschränktes Asylrecht und
gleiches Recht für alle**

Herausgeber:

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung
Fraktion „Für Dialektik in Organisationsfragen“

Spendenkonto für unsere Arbeit:

IBAN: DE10 7601 0085 0109 4068 59

Anschrift:

Reichstraße 8

90408 Nürnberg

Tel. 0911 – 356 913

Fax. 0911 – 356 913

e-Mail: gruppeKAZ@kaz-online.de

V.i.S.d.P.:

E. Wehling-Pangerl

Reichstraße 8, 90408 Nürnberg

Vorwort

Deutschland im Frühjahr 2016: Merkel und Erdoğan sind seit Tagen in jeder Schlagzeile des Feuilletons. Wird nun etwa endlich das vor allem von Deutschland gewünschte und durchgedrückte Abkommen zur Flüchtlingsabwehr der EU mit der Türkei an den Pranger gestellt? Wird das mörderische Vorgehen der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung verurteilt? Oder die massive Unterstützung des IS in Syrien durch die Erdoğanregierung?

Nichts von alledem. Im Gegenteil, zum Thema Flüchtlinge erreichen uns täglich zahlreiche „Siegesmeldungen“, dass „nur noch Wenige“ kommen. Die Bestrebungen, die Zahl der Abschiebungen zu verdoppeln, laufen gerade, als ginge es dabei um Olympiamedaillen. Rassistische Vorschläge, wie sich „der Asylant“ zu verhalten hat, um hierzulande geduldet zu werden, sprießen aus dem bayerischen Boden wie Schwammerl (= Pilze). Ein neues Integrationsgesetz soll her, die Unterwerfung unter eine bayerische „Leitkultur“ soll gesetzlich fixiert werden. Wer widersteht und seine Erfahrungen, Erkenntnisse und Haltungen nicht an der Grenze abgeben wollte, wird mit Sanktionen, Bußgeldern und sonstigen Schikanen bedroht. Dabei wird wieder einmal zweierlei Staatsbürgerschaft aus der Taufe gehoben. Diejenigen, die „ausländische“ Eltern oder Großeltern haben, sollen zu Integrationsmaßnahmen gezwungen werden können, ausgehend vom Stammbaum. Da wird es den Halbtürken genauso geben, wie den Viertel-Araber – die Nürnberger Rassengesetze von 1935 lassen grüßen! Die bayerische Staatsregierung ringt dabei mit dem Bundesinnenminister um die reaktionärste Lösung – und treibt die ganze Republik noch weiter nach rechts. Denn dessen Eckpunkt Papier zu einem bundesweiten Integrationsgesetz klingt gegenüber dem bayerischen Entwurf geradezu harmlos – und ist doch reaktionär bis auf die Knochen. Die Maizière möchte, analog zu den bereits hinlänglich bekannten Hartz 4-Schweinereien, Flüchtlinge „fördern und fördern“. Die Unbeugsamen werden zurückbefördert, zurück ins Elend. Sowas kann man hierzulande nicht gebrauchen, aufmüpfige Ausländer, die „unsere“ Gastfreundschaft missbrauchen.

Für die Betroffenen hat sich die Lage also keineswegs entspannt, sondern wesentlich verschlimmert. Das Asylrecht wird von Deutsch-Europa in den Staub getreten, die wenigen, die es noch schaffen, hierhin zu kommen, laufen Gefahr, in Deutschland von einem rechten Mob mit Handgranaten und Brandsätzen empfangen zu werden.

Der deutsche Imperialismus hat sich mal wieder durchgesetzt, die griechische Syriza-Regierung ist solange geknetet worden, bis sie nun die Drecksarbeit der BRD erledigt. Erdoğan macht seinen Job als Türsteher, mordet und quält die Kurden und gibt sein Volk dem Gespött preis. Gar nichts hat sich entspannt, es ist nur dem deutschen Imperialismus gelungen, mal wieder alles von sich wegzuschieben und als Saubermann dazustehen.

Wir haben daher mit dieser Broschüre den Versuch unternommen, die Frage Flucht und Asyl vom Kopf auf die Beine zu stellen. Wir wollen uns – den demokratischen Kräften in diesem Land, ob Gewerkschafter, Sozialdemokrat, Kommunist oder einer der nach wie vor vielen helfenden Humanisten – eine Argumentationshilfe an die Hand geben, wie man dem ganzen gefährlichen Unsinn entgegentreten kann. Wir wollen die, in Jahrzehnten der Rechtsentwicklung in diesem Land, verschütteten Erkenntnisse der demokratischen und Arbeiterbewegung wieder hervorholen und damit ein Stück zu dem beitragen, was so dringend notwendig ist: die Formierung des Widerstands.

18.4.2016

Inhalt

Gleiches Recht für alle!

Nicht die flüchtenden Menschen sind eine Katastrophe,
sondern deren Rechtlosigkeit

6

Asylrecht statt Vaterlandsverteidigung!

Über Fluchtursachen und deren Beseitigung

26

Aus der Rede des KPD-Abgeordneten Renner im Parlamentarischen Rat 1949 zum Asylrecht

36

Nach „Köln“: Gesundes Volksempfinden? Recht ist, was dem Volke nützt?

Nein! Gleiches Recht für alle!

38

W.I. Lenin: Kapitalismus und Arbeiterimmigration

46

Gleiches Recht für alle ist konkrete Voraussetzung
für erfolgreiche Kämpfe

49

Gleiches Recht für alle!

Nicht die flüchtenden Menschen sind eine Katastrophe, sondern deren Rechtlosigkeit

Am 31. Mai 2013 konnte man dies in der Zeitung lesen:

„Deutschland hat wesentlich weniger Einwohner als bisher angenommen. Von 81,7 Millionen waren die obersten Statistiker des Landes bisher ausgegangen. Tatsächlich sind es nur 80,2 Millionen. Eine Abweichung von 1,5 Millionen – oder 1,8 Prozent.

Besonders groß ist die Differenz bei den in Deutschland lebenden Ausländern. Von mehr als sieben Millionen waren die Behörden bislang ausgegangen. Nun zeigt sich: Bei der Erhebung vor zwei Jahren waren es gerade einmal 6,2 Millionen – 15 Prozent Differenz.“ (www.sueddeutsche.de/politik/einwohnerentwicklung-nach-zensus-warum-deutschland-geschrumpft-ist-1.1684919)

7 Millionen minus 6,2 Millionen – das sind 800.000 „Ausländer“ (was auch immer die Behörden darunter verstehen). 800.000 mehr oder weniger – es war im Ergebnis total egal. Ein paar Tage später war die Meldung vergessen.

Und nun, im Jahr 2015: 800.000 sollen es werden, die zu uns flüchten. Vielleicht auch ein paar mehr. Das ist eine „Herausforderung“. Ein Grund für den Bau von Ghettos. Ein Grund für die Einrichtung von „Balkanzentren“ in Bayern (sprich: von Abschiebeknästen speziell für Sinti und Roma). Ein Grund, wahllos ein Land nach dem anderen als „sicheres Drittland“ zu erklären. Ein Grund, schnellere Abschiebungen zu organisieren. Ein Grund für den Hilfeschrei der deutschen Regierung nach der „gerechten Verteilung“ (!) der Flüchtlinge.

Bisher war von einer „gerechten Verteilung“ keine

„Balkanzentrum“ in Bamberg. Im Klartext: Hier werden vor allem Roma eingesperrt und abgeschoben.





Ein vorbildlicher Beitrag zur Integration im Sinne der Bundesregierung. Ob es nach dem Fototermin auf die Fresse gibt und zu Knast und Abschiebung kommt, ist allerdings dahingestellt.

sicht und läuft genauso aus dem Ruder wie der brandschatzende faschistische Mob hierzulande.

Und nun beschweren sich auch noch die deutschen Kapitalvertreter. Man solle doch bitte nicht alle Flüchtlinge gleichermaßen verjagen. Man solle doch bitte zwischen brauchbaren und unbrauchbaren Flüchtlingen unterscheiden.

Die Regierung bemüht sich, und zwar immer für das Kapital. Schon mit ihrer Einmischung in aller Welt, ihren Intrigen, ihren Waffen und ihren Soldaten hat sie einen gewaltigen Anteil an dem Flüchtlingselend. Das Grauen, das sie mitversucht hat, wird ihr nun in Form des Flüchtlingselends als Anklage entgegengehalten. Aber Regierung und Kapital sind natürlich unschuldig. Hauptsache, die Bedürfnisse der Ausbeuter werden gesichert und die Lasten werden auf die armen Länder und die armen Menschen verteilt.

Tausende Menschen versuchen den verzweiferten Flüchtlingen zu helfen. Versuchen, unter Aufbietung ungeheurer Kräfte das zu reparieren, was dieser Staat nicht willens und imstande ist zu leisten. Antifaschisten, die die Flüchtlinge schützen wollen, werden selber von der Polizei verfolgt.

„Deutschland schafft das“, dröhnt es nun dumm-patriotisch aus allen Kanälen. Flüchtende Menschen werden als herzige Mitleidsopfer gefilmt, sofern sie nur ein Schild hochhalten, auf dem „Danke Deutschland“ steht, am besten mit dem Konterfei von Frau Merkel, dem in Europa am meisten verhassten Bundeskanzler seit Existenz der BRD. Der Emp-

Rede gewesen. Da war alles im Sinne des deutschen Imperialismus organisiert: Griechenland, Italien, Spanien und weitere ärmere Länder hatten die Flüchtlinge aufnehmen und nicht nach Deutschland zu lassen. Dies ist nun geplatzt. Und selbst auf den erzreaktionären Musterknaben des deutschen Kapitals, die ungarische Regierung, ist nun kein Verlass mehr. Sie furzt von rechts der Bundesregierung ins Ge-

fang der über Ungarn kommenden Flüchtlinge – ein patriotisches Event, fast so schön wie eine Fußball-WM. Willkommen in der Räuberhöhle!

Die Heuchelei der Herrschenden, verbunden mit Anmaßung, Frechheit und Drohgebärden, ist nicht mehr zu ertragen. Flüchtlingsheime brennen jeden Tag. Die Brandstifter sitzen in der Regierung und den Konzernzentralen. Das hier ist nur ein Vorspiel. Mit den internationalen Katastrophen, die sie produzieren, bereiten sie den Weltenbrand vor.

Es braucht Einigkeit und Organisiertheit, um sich dem entgegenzustellen. Und es ist offensichtlich, dass wir weder das eine noch das andere haben. Für was sollen wir kämpfen, um weiter zu kommen? Sollen wir bei jeder Verschlechterung unserer Lage, bei jedem Demokratieabbau nur in der Hoffnung kämpfen, dass die Talfahrt endlich zum Stillstand kommt? Oder sollten wir nicht auch mal überlegen, was unsere nächsten positiven Schritte und Forderungen sein müssen, damit wir nicht in völliger Rechtlosigkeit für den Krieg des Kapitals reif gemacht werden!

Ein demokratisches Programm

wäre notwendig, für das Gewerkschaften, Antifaschisten, demokratisch gesinnte Menschen, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten gemeinsam kämpfen können. Im Folgenden sind Forderungen genannt, die Inhalt eines solchen Programms sein könnten. Die Erfüllung dieser Forderungen kann nur ein Anfang sein, um für ein friedliches, menschengerechtes Leben zu kämpfen. Dass wir für diese einfachen Selbstverständlichkeiten kämpfen müssen, zeigt nur, wie dringend notwendig unser Widerstand ist. Und wie dringend notwendig es auch geworden ist, uns über diese Selbstverständlichkeiten zu beraten und zu verständigen.

1. Asylrecht und Staatsbürgerschaft

- Das uneingeschränkte Asylrecht* muss wiederhergestellt und angewendet werden. Das heißt: Asylrecht für alle Flüchtlinge, egal aus welchen Gründen sie in unser Land kommen. Keine Prüfung der Asylgründe durch deutsche Behörden.
- Keine Abschiebungen
- Auflösung aller Ausländerbehörden
- Auflösung des Verfassungsschutzes

* Informationen zu den unterstrichenen Wörtern findet man ab Seite 6 unter der Überschrift „Erläuterungen zu den Forderungen“

- Jeder Ausländer ist nach drei Monaten Aufenthalt in der BRD einzubürgern.
- Mehrere Staatsbürgerschaften sind bei jedem Bürger der BRD zu tolerieren.
- Ersetzung des völkischen Prinzips bei der Staatsbürgerschaft durch das Territorialprinzip
- Wer auf dem Territorium der BRD geboren wird, hat als Staatsbürger der BRD zu gelten.

2. Menschenwürdige Wohnungen, bezahlbare Mieten für alle

- Einzelunterkünfte statt Massenquartiere für Asylsuchende
- Beschlagnahmung leerstehender Wohnungen
- Beschlagnahmung von Wohnraum in Häusern und Wohnungen, der über 100 qm pro Person hinausgeht
- Verpflichtung für alle Hotels und Hostels, 25 Prozent ihrer Kapazitäten für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Ggf. bereits erfolgte Reservierungen müssen storniert werden. Luxushotels sind bei der Einquartierung zu bevorzugen, da sie einen besseren Schutz der geflüchteten Menschen gewährleisten können.
- Wiederherstellung des sozialen Wohnungsbaus
- Wiedereinführung der Schwarzen Kreise in Ballungsgebieten
- Enteignung von Vermietern, die durch Schikanen ihre Häuser „entmieten“

3. Gleiches Recht für alle Arbeiter

- Jeder, ob Flüchtling oder nicht, hat das Recht, seine Arbeitskraft zu verkaufen.
- Das „Asylbewerberleistungsgesetz“ ist ersatzlos zu streichen. Flüchtlingen stehen die gleichen Sozialleistungen zu wie allen in der BRD lebenden Bedürftigen. Der Hartz-4-Regelsatz und der Grundsicherungssatz sind auf zunächst 500 Euro zu erhöhen.
- Der Anspruch auf staatliches Geld darf nicht ersetzt werden durch Gutscheine oder Sachleistungen, durch die die Betroffenen entmündigt und gedemütigt werden.
- Keine Sanktionen mehr durch die Jobcenter
- Unentgeltliche Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für alle
- Medizinische Versorgung für alle

- Für alle Arbeiter einschließlich der Flüchtlinge, die Arbeit finden, hat zu gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Leiharbeit, Werksverträge, befristete Arbeitsverträge, Ausnahmen vom Mindestlohn sind abzuschaffen bzw. zu verbieten.
- Von zu uns geflüchteten Menschen sind keine „Integrationsleistungen“ zu verlangen. Vielmehr geht es darum, den Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ durchzusetzen.

4. Gegen Willkür und Anmaßung der Behörden

- Auch beim Strafrecht hat zu gelten: Gleiches Recht für alle! Abschiebung darf kein Mittel des Strafrechts sein. Verbrechen oder Vergehen von Menschen ohne BRD-Staatsbürgerschaft sind mit denselben Methoden zu verfolgen wie Verbrechen oder Vergehen von Staatsbürgern der BRD.
- Der völkische Begriff „Migrationshintergrund“ hat aus den öffentlichen Debatten und den Polizeistatistiken zu verschwinden.
- Die Sozialbehörden haben den in unser Land kommenden Menschen zu helfen und sie nicht zu schikanieren. Behörden, die sich für überfordert erklären, sind aufzulösen und durch motivierte Antifaschisten und Gewerkschafter

Über Herrenrassen / Über die Weltherrschaft

Die Idee von der Rasse ist der Versuch von einem Kleinbürger, ein Adelige zu werden. Er kriegt mit einem Schlag Vorfahren und kann auf was zurück- und auf was herabsehen. Wir Deutschen kriegen dadurch sogar eine Art Geschichte. Wenn wir schon keine Nation waren, können wir wenigstens eine Rasse gewesen sein. An und für sich ist der Kleinbürger nicht imperialistischer als der Großbürger. Warum auch? Aber er hat ein schlechteres Gewissen und braucht eine Entschuldigung, wenn er sich ausbreitet. Er haut nicht gern jemand mit dem Ellbogen in den Bauch, wenn es nicht sein Recht ist. Er hat gern, dass es seine Pflicht ist, wenn er auf jemand herumtrampelt. Die Industrie muss einen Markt haben, und wenn Blut fließt. Öl ist dicker als Blut. Aber wegen einem Markt kann man nicht Krieg machen, das wäre leichtfertig, man muss ihn machen, weil man eine Herrenrasse ist. Wir fangen damit an, dass wir die Deutschen ins Reich holen, und hören nur auf damit, dass wir auch die Polen und Dänen und Holländer ins Reich holen. Damit beschützen wir sie. Gute Herren sind zu ihrem eigenen Besten.

Aus: Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, Erweiterte Ausgabe, Frankfurt/Main 2000, S. 109

zu ersetzen, die einfache Registrierungsarbeiten zum Zweck der geordneten materiellen Versorgung der Flüchtlinge ausführen.

- Freiwillige Helfer, die nicht nur sporadisch Aufgaben übernehmen, die die Staatsorgane auszuführen nicht willens und imstande sind, sind aus der Staatskasse entsprechend dem gesetzlichen Mindestlohn zu entlohnen.

5. Grundrechte für alle, nicht nur für Deutsche!

- Das Grundgesetz hat schnellsten so geändert zu werden, dass die darin verankerten Grundrechte für alle Menschen gelten und nicht nur „für Deutsche“.
- Versammlungsfreiheit – nicht nur für Deutsche!"
- Koalitionsfreiheit – nicht nur für Deutsche! Freie politische Betätigung für alle Antifaschisten, Aufhebung des PKK-Verbots
- Freizügigkeit – nicht nur für Deutsche! Das heißt: Vollständige Aufhebung der Residenzpflicht

6. Integration – aber nach Art der Arbeiter

- Nicht um die Integration in diesen Staat geht es bei den Flüchtlingen, sondern um die Integration in die Arbeiterklasse in der BRD. Als erster Schritt hierzu ist die vorbehaltlose Aufnahme der geflüchteten Arbeiter in die Gewerkschaften notwendig.
- Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisationen in den Betrieben sollten sich verpflichten, keine Rassenhetze im Betrieb zu dulden und Maßnahmen zum Schutz von Asylsuchenden im Betrieb und außerhalb des Betriebs zu ergreifen.

Feuer in einer Flüchtlingsunterkunft in Weissach (unweit von Stuttgart): Der braune Mob hat mal wieder zugeschlagen ...



7. Dem Naziterror Einhalt gebieten

- Das seit dem Potsdamer Abkommen geltende Verbot aller faschistischen Organisationen ist endlich durchzuführen.
- Da die Staatsorgane nicht willens und imstande sind, dem rasenden und brandschatzenden rech-

ten Mob Einhaltung zu gebieten, muss das staatliche Gewaltmonopol soweit außer Kraft gesetzt werden, dass Arbeiter- und antifaschistische Milizen zum Schutz der Asylsuchenden geduldet und nicht behindert werden.



8. Für Frieden sorgen

- Als ersten Schritt, die internationale Lage zu entspannen, muss die Bundeswehr verpflichtet werden, alle im Ausland eingesetzten Soldaten zurückzuholen und in den Kasernen zu lassen.
- Der Kampf gegen „Schlepper“, der in Wirklichkeit ein Kampf gegen vor Krieg, Folter und Elend fliehende Menschen ist, ist einzustellen.

... aber egal, „wir“ können sowieso nicht alle aufnehmen.

9. Die Reichen sollen zahlen

- Die notwendigen Maßnahmen sind aus Steuern zu finanzieren. Diese Steuern sind von den Reichsten in diesem Land zu erheben. Dazu gehören zum Beispiel die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer auf den Besitz von Betrieben sowie die Erhöhung der Einkommensteuerspitzensätze. Weiter besteht nach Rückführung aller Bundeswehreinheiten in die einheimischen Kasernen die Möglichkeit, den Rüstungshaushalt entsprechend zu kürzen.

Erläuterungen zu den Forderungen

Arbeiter- und antifaschistische Milizen

Es ist ein bekanntes und deprimierendes Ritual: Antifaschisten versuchen Flüchtlinge vor den braunen, brandschatzenden Horden zu schützen. Die Polizei macht es sich zur Aufgabe, „linke und rechte Demonstranten zu trennen“. Das heißt erstens: Das Recht der Faschisten, auf die Straße zu gehen, wird geschützt. Aber niemand hat das Recht, ein Faschist zu sein! Und das heißt zweitens: Antifaschisten haben polizeilich gesehen nicht das Recht, Antifaschisten zu

sein – Antifaschist sein heißt ja nichts anderes als gegen Faschisten und faschistische Gefahr zu kämpfen.

Auch wenn das heute kaum noch bekannt ist: Deutsche Arbeiter haben auch schon Waffen in die Hand genommen, um mit der faschistischen Gefahr aufzuräumen. So zum Beispiel 1920, als aus dem Generalstreik gegen den faschistischen Kapp-Putsch die Rote Ruhrarmee entstand. Oder auch 1923, als Proletarische Hundertschaften in Sachsen und Thüringen gemeinsam mit Betriebsräten und proletarischen Kontrollausschüssen gegen Verelendung und faschistische Gefahr gekämpft haben.

Die herrschende Klasse hat immer erbittert gegen diese Art proletarischer Gegenwehr gekämpft, die sie fürchtet wie nichts sonst. Und das mit Recht. Denn das sind Kämpfe, die uns den Weg öffnen können, überhaupt mit der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Kriegen und sonstigen gigantischen Verbrechen Schluss zu machen.

Asylbewerberleistungsgesetz

Dieses Gesetz trat 1993 in Kraft. Es schreibt die Ungleichheit von Asylbewerbern und anderen Sozialleistungsempfängern (Hartz-4, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter) fest und dient erklärtermaßen zur Abschreckung von Asylsuchenden. Auch dies wurde mit Hilfe der Rostocker Pogrome begründet (siehe Asylrecht). Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Es wurde nun, im Jahr 2015, geändert. Die Geldbeträge wurden zwar angeglichen,

aber in verschiedenen Bereichen sind Asylbewerber wesentlich schlechter gestellt. Besonders verheerend wirkt sich das im Bereich der medizinischen Versorgung aus.

Asylrecht

Es war im Jahr 1993, als das Asylrecht im Grundgesetz soweit relativiert wurde, dass es faktisch außer Kraft gesetzt ist. Dieses Asylrecht war eine der wenigen wirklich antifaschistischen Bestimmungen

Sie kommen von weit her, kämpfen und mahnen uns, das Richtige zu tun: Flüchtlinge im Hungerstreik, Frankfurt/Main im Sommer 2012.



im Grundgesetz – antifaschistisch unter den Bedingungen, dass der Imperialismus herrscht. Das heißt: Das Asylrecht im Grundgesetz war ein gegen den Imperialismus durchgesetztes Recht. Es beinhaltete ursprünglich: Jeder, der erklärt, politisch verfolgt zu sein, erhält Asyl. Und das bedeutet: Unsere Herren können mit Menschenmassen, die nach einer Bleibe suchen,

nicht frei schalten und walten, sie können sie nicht einfach für ihre Zwecke ausnutzen (dass sie trotzdem von Anfang an in der BRD Menschenmassen als Waffe benutzten – z.B. Republikflüchtige aus der DDR, Umsiedler aus den befreiten Ländern, Menschen aus anderen Ländern, die nach einem reaktionären Artikel des Grundgesetzes als „Volksdeutsche“ definiert werden usw. – hat mit dem Asylrecht nichts zu tun, sondern damit, dass es sehr wenige wirklich antifaschistische Errungenschaften im Grundgesetz gab und gibt). Wie dieses Asylrecht überhaupt ins Grundgesetz kam: Die reaktionäre und völkerrechtswidrige Gründung der BRD wurde mit einem sog. Parlamentarischen Rat 1948/49 vorbereitet. In diesem Parlamentarischen Rat saß auch die KPD, entschiedene Gegnerin der Gründung der BRD und gleichzeitig Kämpferin für jedes Quäntchen Antifaschismus. Sie nutzte es aus, dass die Gründung der BRD ein gewagtes reaktionäres Abenteuer gegen die Sowjetunion und die anderen befreiten Länder war und nützte den Parlamentarischen Rat als Tribüne, um der Weltöffentlichkeit und der Arbeiterklasse jeden Widerspruch darzulegen, in den sich die bürgerlichen Parteien in ihrem Kampf gegen die Lehren aus dem Faschismus verwickelten. Einer dieser Widersprüche war, dass manche Sozialdemokraten und andere Abgeordnete im Parlamentarischen Rat, die selber unter den Hitlerfaschisten verfolgt waren, sich der Forderung nach einem uneingeschränkten Asylrecht nicht verschließen wollten. Die Haltung der KPD war nicht nur von solchen Erfahrungen geprägt, sondern prinzipieller Natur im Kampf der Arbeiter um Demokratie. Und der Kampf um ein antifaschistisches Asylrecht hatte Erfolg! Natürlich wurde



**„Wir wollen Gerechtigkeit.“
Protest vor dem Berliner
Landesamt für Gesundheit
und Soziales (LaGeSo).**

Berlin (oben), Passau (unten) und überall im Land: Anstehen – anstehen – anstehen. Stundenlang, tage- lang. Auf der Straße, im Dreck übernachten. Asyl- antrag stellen. Sich unver- schämten Verhören stellen. Sich in Container, Zeltlager, Turnhallen quetschen las- sen – vielleicht auch auf der Straße landen. Krank- heiten aushalten – ärztliche Hilfe wird nur im äußers- ten Notfall bezahlt. Ange- pöbelt und bedroht werden. Glück haben und zu Nied- rigstlöhnen ausgebeutet werden. Oder Pech haben und zurückgeschickt wer- den. Krieg, Verfolgung und Not nehmen kein Ende ...



mit der Stagnation der westdeutschen Arbeiterbewegung und unter den Bedingungen des KPD-Verbots das Asylrecht mehr und mehr außer Kraft gesetzt. Aber den Grundgesetzartikel zum Asylrecht konnten die Imperialisten erst nach der Zertrümmerung der DDR bis zur Unkenntlichkeit ändern, genauso wie erst seit diesem Zeitpunkt die grenzenlosen Einsätze der Bundeswehr möglich wurden.

1992 war das Jahr des tagelangen Pogroms gegen Flüchtlinge und gegen vietnamesische Arbeiter in Rostock-Lichtenhagen – vorbereitet durch maßlose rassistische Hetze der Bundesregierung (alles „stöhnte“ unter der „Asylantenflut“) und durch staatlich verordnete Widerwärtigkeiten gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen, geduldet und unterstützt durch die Polizei, beklatscht durch einen Teil der Anwohner, viel zu wenig geschützt durch den sicherlich auch vorhandenen anderen Teil der Anwohner ... 1993 wurde

dann das Asylrecht im Grundgesetz „ergänzt“, in Wirklichkeit aber abgeschafft – mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP und der in der „Opposition“ befindlichen SPD. Denn man „verstand die Sorgen und Ängste der Menschen“. Damit wurde erstmals in der Geschichte der BRD eine Nazi-Bewegung, die parlamentarisch völlig unbedeutend ist, zur Durchsetzung einer Grundgesetzänderung benutzt. (Siehe kaz-online.de/artikel/asylrecht-wiederherstellen#seite1)

Ausländerbehörden

Es gibt ein Wirrwarr von Behörden auf Bundes- und Landesebene, die die Aufgabe haben, Einwanderer aller Art zu sortieren, zu schikanieren, zu kontrollieren, abzuschieben etc. Wenn man jeden ins Land lässt, der hier leben will, sind diese gefräßigen Behörden völlig überflüssig.

Einbürgerung

„Jeder Ausländer, nachdem er drei Monate in der Schweiz verbracht hat, wird zum Schweizer Bürger (...). Aufklärung der Massen über die besondere Dringlichkeit dieser Reform (...). Die politische Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter und deren Lage als Fremde stärkt die politische Reaktion, die auch sonst im Wachsen ist, und schwächt die internationale Solidarität des Proletariats.“ (Lenin, Die Aufgaben der Linksradikalen (oder der linken Zimmerwaldisten), LW Bd. 23, S. 141)

Ein guter Vorschlag Lenins aus dem damaligen Schweizer Exil – und nicht nur gut für die Schweiz. Durchführbar ist diese automatische Einbürgerung nur in Kombination mit dem Recht auf mehrere Staatsbürgerschaften, damit die Betroffenen keine Rechte in ihren Herkunftsländern verlieren.

Einkommensteuer

Seit 1999 wurden die Spitzensätze der Einkommensteuer schrittweise gesenkt und zwar von 53% auf 42% (für Einkommen ab 52.882 Euro/Jahr) bzw. 45% (für Einkommen ab 250.731 Euro/Jahr), jeweils berechnet für Alleinstehende.

Erbschaftssteuer

Im Jahr 2008 wurde das Gesetz geändert, das die Erbschaftssteuer regelt. Wer betriebliches Vermögen erbt, bleibt steuerfrei. Diese für Kapitalisten ganz wunderbare Regelung

wurde vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Geändert wurde das Gesetz noch nicht.

Freiwillige Helfer

Die freiwilligen Helfer, die allenthalben bis zur völligen Erschöpfung arbeiten, übernehmen Aufgaben, die dieser Staat nicht willens und imstande ist zu übernehmen. Diese Menschen, die eine hohe Moral und Opferbereitschaft besitzen, werden von Regierungsvertretern in den höchsten Tönen gelobt. Ihre große Hilfsbereitschaft wird missbraucht und institutionalisiert. Es steht fast gar nicht mehr zur Debatte, dass sich der Staat um die ersten Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge kümmert. Und so wächst sich diese große Arbeit wirklich guter Menschen – natürlich ganz ohne, dass sie das wollen – zu einer Heimatfrontübung für den Krieg aus, zu einer patriotischen Generalprobe. Sie wird ja auch inzwischen mit solchen Tönen wie „Deutschland schafft das!“ begleitet. Es ist also nicht nur im Interesse dieser hilfsbereiten Menschen, dass sie den gesetzlichen Mindestlohn bekommen. Das ist auch Kampf für den Frieden.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Kapitalisten freuen sich schon auf die billigen Arbeitskräfte, die aus den Flüchtlingen aussortiert werden sollen.

„Der Präsident von Metall NRW, Arndt Kirchhoff, sagte der ‚Rheinischen Post‘, es gebe Arbeitsplätze, die weniger anspruchsvoll würden, weil der Computer das Gros der Tätigkeit übernehme. Das bilde die Tarifpolitik nicht ab. ‚In unserer niedrigsten Tarifgruppe verdienen Ungelernte bereits mehr als 14,50 Euro die Stunde. (...) Wenn wir hierzulande aber auch weiterhin einfache Arbeit anbieten wollen – auch für schwer Vermittelbare oder ganz aktuell für Flüchtlinge –, müssen wir das auch bezahlen können‘, so Kirchhoff. Der Abstand zum Mindestlohn dürfe nicht sechs Euro betragen.“ (ND 01.09.2015)

Hotels und Hostels

In Berlin werden an Flüchtlinge auch Gutscheine für Hostels ausgegeben (natürlich nicht für Hotels). Wenn dann eine Flüchtlingsfamilie einige Tage im Dreck campiert hat, um überhaupt zu dem zuständigen Amt vorzudringen (siehe Sozialbehörden) und dann endlich einen Hostel-Gutschein ergattern, mit dem diese Menschen erleichtert glauben, eine

Unterkunft zu bekommen – dann kommt es nicht nur einmal, sondern sehr oft vor, dass ihnen die Tür vor der Nase zugeschlagen wird. „Bei uns ist alles belegt!“

Integration

Was bedeutet Integration: Die zu uns geflüchteten Menschen sollen in diese Gesellschaft eingegliedert werden. Darin ist oft auch die Forderung enthalten, dass auch diese Menschen eine Integrationsleistung bringen müssen, also sich anpassen müssen.

Unser erstes Ziel sieht ganz anders aus: Diese Menschen müssen zu ihrem Recht kommen. Gleiches Recht für alle! Nur so können sie ihren Platz in dieser Gesellschaft finden – vielleicht sogar (was das Beste wäre) *als Kämpfer gegen dieses kapitalistische Gesellschaftssystem*.

Massenquartiere

Es ist genug Wohnraum da. Die Massenquartiere haben verschiedene Funktionen:

Sie zeigen uns, was für eine Katastrophe und „Herausforderung“ die zu uns geflüchteten Menschen sind und bereiten uns darauf vor, weitere Verschärfungen des Asylrechts für „alternativlos“ zu halten.

Sie sind eine Zielschreibe für die braune brandstiftende Brut. Wer solche Ghettos baut, macht sich an diesen Morden schuldig.

Sie werfen Massen von Menschen auf engstem Raum zusammen, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben und deren Nerven beim Warten auf die Bearbeitung ihres Antrags zum Zerreißen gespannt sind. Es ist ein Wunder, wie selten es innerhalb dieser Massenunterkünfte zu tätlichen Auseinandersetzungen kommt. Wenn das allerdings passiert, dann sind die Volksverhetzer wieder mit ihren Schlagzeilen am Start.

Diese Massenunterkünfte sind oft in einem so schlimmen Zustand, dass um Leib und Leben der dort Untergebrachten gefürchtet werden muss. Dazu ein Arzt, der als Freiwilliger im Flüchtlingscamp in Dresden gearbeitet hat: „Ich hätte



Schloss Elmau in Oberbayern. Schon mal daran gedacht: Nachdem der G7-Gipfel schon lange vorbei ist, ist doch hier Platz für Asylsuchende frei geworden ...



... und hier sind es nur ein paar Minuten bis zu einem der Hotels der Westberliner Luxusmeile (Kurfürstendamm), gut ausgestattet und gut geschützt auch gegen braunen Terror.

Menschen zu helfen.“ (www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-08/dresden-zeltstadt-fluechtlinge-medizinische-versorgung)

Den Kapitalisten bieten die Massenunterkünfte einen sehr praktischen Sklavenmarkt: So kündigte Daimler-Benz-Chef Zetsche an, in den Flüchtlingszentren nach Arbeitskräften suchen zu lassen. Natürlich sind dann solche Zustände wie die in Dresden geschilderten nicht so günstig, man will ja keine krank gemachten Arbeiter haben. Aber das ist der Widerspruch, der gerade die ganze Flüchtlings-Debatte begleitet: Der Hunger des Kapitals nach guten Arbeitskräften und das Bedürfnis des Gesamtkapitals, sich die flüchtenden Menschen vom Leib zu halten.

Medizinische Versorgung

„Asylbewerber sind über die Sozialhilferverwaltung krankenversichert. Vor einem Arztbesuch müssen sie sich vielerorts beim Sozialamt einen Krankenschein abholen. Die Kosten werden nur bei eindeutigen Notversorgungen geleistet (...). Die Entscheidung über einen medizinischen Notfall maßen sich so häufig medizinische Laien an – eine Folge des Asylbewerberleistungsgesetzes, die schon zum Tod von Flüchtlingen geführt hat. (...) Viele ÄrztInnen zeigen sich in der Praxis angesichts der Gesetzeslage überfordert und verweigern manchmal selbst die Notversorgung (...).“ (www.proasyl.de/de/news/detail/news/gesetzlich_verordnete_lebensgefahr_das_deutsche_asylbewerberleistungsgesetz/)

Migrationshintergrund

Eine verhältnismäßig neue, aber untaugliche Wortschöpfung, die nur zur völkischen und rassistischen Einteilung von Menschen taugt. Wer z.B. einen türkischen „Migrationshintergrund“ hat, ist vielleicht hier geboren, hat die BRD-Staatsangehörigkeit, hat aber türkische Großeltern. Erschreckend ist, dass z.B. auch Polizeistatistiken mit diesem Kampfbegriff arbeiten. Dass wir nach Stammbäumen eingeteilt werden, das hatten wir schon mal, im Hitlerfaschismus. Es geht den Staat nichts an, woher wir kommen, oder woher unsere Familien kommen. Es geht nur um eins: gleiches Recht für alle!

Öffentlicher Nahverkehr

Für Flüchtlinge ist es extrem wichtig, dass sie sich bewegen können, um sich zu treffen, um sich untereinander und mit Einheimischen zum Widerstand gegen diese unmenschlichen Zustände zu verabreden. Eine ganz einfache Maßnahme wäre es, den öffentlichen Nahverkehr für alle kostenlos zu machen. Das würde auch die Hartz-4- und Grundsicherungsempfänger entlasten, die sehr oft mehr für den Nahverkehr zahlen müssen, als in den mageren Sozialsätzen überhaupt vorgesehen ist. Wenn die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln nichts kosten, entfallen auch die Kosten für Gefängnisaufenthalte von Schwarzfahrern. In Berlin z.B. macht das 4,2 Millionen Euro im Jahr aus (siehe www.taz.de/!5134051/).

PKK-Verbot

Die kurdische Arbeiterpartei PKK wurde 1993 vom Bundesinnenministerium verboten. Seit vielen Monaten ist wieder die Forderung laut geworden, dieses Verbot aufzuheben. Nicht nur, dass diese Organisation keine Terrororganisation ist, sie ist auch noch eine entscheidende Kraft im Kampf gegen den klerikalfaschistischen, terroristischen „Islamischen Staat“. Trotzdem wird das Verbot weiter aufrechterhalten, werden kurdische Menschen im Verdacht, der PKK anzugehören, vor Gericht gestellt und in den Knast geworfen.

Residenzpflicht

Das bedeutet, dass sich Flüchtlinge nur in einem bestimmten Umkreis bewegen dürfen, also z.B. dass sie den Landkreis, in dem sie untergebracht sind, nicht verlassen dürfen, um

eine größere Stadt aufzusuchen. Die Residenzpflicht ist seit diesem Jahr nach vielen demokratischen Protesten sehr gemildert worden. Sie gilt immer noch in den ersten drei Monaten. Und die Ausländerbehörden können „nach eigenem Ermessen“ Flüchtlingen die Residenzpflicht auferlegen. Der Willkür sind hier offenbar keine Grenzen gesetzt.

Schlepper

Immer wieder wird uns erzählt: Die Flüchtlinge können natürlich nichts dafür, aber die Schlepper sind böse, sie nehmen so viel Geld ... Da fragt man sich: Seit wann gilt es denn in dieser Gesellschaft als verwerflich, für eine Dienstleistung Geld zu nehmen? Man scheut wirklich die dümmste Demagogie nicht. Wenn die Schlepper außer Kraft gesetzt sind, kann ein großer Teil der Flüchtlinge nicht mehr nach Europa kommen. Und genau darum geht es bei dem angeblich hochmoralischen Kampf gegen die Schlepper. Man muss die Schlepper nicht lieben. Wenn man eine Waschmaschine von Siemens kauft, muss man Siemens auch nicht lieben. Dass diese Menschen überhaupt fliehen müssen, liegt an den imperialistischen Ländern, und wahrlich nicht zuletzt am deutschen Kapital. Unter welchen Gefahren sie fliehen müssen, liegt im Wesentlichen an der vor allem von Deutschland forcierten Flüchtlingsabwehr.

Schwarzer Kreis

So nannte man nach 1945 Ballungsgebiete, in denen eine strikte Mietpreisbindung galt. Ca. Mitte der siebziger Jahre wurde dies unter Protesten der Bevölkerung in den großen Städten in Westdeutschland abgeschafft. In Westberlin blieb der Schwarze Kreis bis 1988 aufrechterhalten – das hielt man da wohl für das „Schaufenster der Freien Welt“ gegenüber der DDR noch für notwendig.

Sozialbehörden

Zum Beispiel das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in Berlin: Tagelang campieren dort Flüchtlinge auf der Straße, um in dem Amt endlich ihren Asylantrag stellen zu können. Freiwillige Helfer arbeiten dort bis zur Erschöpfung, um die Menschen einigermaßen zu versorgen. Es herrschte glühende Hitze, fast bis zu 40 Grad mussten Flüchtlinge und Helfer täglich aushalten. Der zuständige

Sozialsenator genoss derweil seinen Urlaub. Aber eine Behörde hat sich doch um diese unhaltbaren Zustände gekümmert: Die Lebensmittelaufsicht kam und mahnte die freiwilligen Helfer ab, sie hätten gefälligst einen Kühlschrank zu besorgen. Nach Tagen der Hitze – endlich ein Gewitter. Die Lage der geflüchteten Menschen verbesserte das nicht – sie saßen daraufhin im Schlamm. Ein Mann aus Afghanistan war weitab vom LaGeSo niedergestochen worden. Er schleppte sich zum LaGeSo in der Hoffnung auf Hilfe. Dort brach er schließlich zusammen und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Außer dem Wetter hat sich bis heute nichts geändert. Das LaGeSo erklärt sich für überfordert – wie viele andere Sozialbehörden in diesem so tollen Deutschland ebenfalls.



Sozialer Wohnungsbau

„Die Anzahl der öffentlich geförderten und damit gebundenen Wohnungen geht rapide zurück. Allein in den Jahren 2002 bis 2010 sank die Zahl um ein Drittel, von 2,4 Millionen auf 1,6 Millionen Wohnungen. Der Wohnungsbestand der gemeinwirtschaftlich gebundenen Wohnungsunternehmen ist durch Privatisierung und Abverkauf verringert worden. Jährlich verlieren die Wohnungsmärkte in Deutschland 100.000 Sozialwohnungen, weil Preis- und/oder Belegungsbindungen auslaufen. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, wird es im Jahr 2025 in Deutschland keine Sozialwohnungen mehr geben.“ (www.mieterbund.de/politik/dmb-forderungen.html)

Dafür nehmen Obdachlosigkeit und Zwangsräumungen zu.

Staatsbürgerschaft

Die „deutsche Staatsbürgerschaft“ wird seit der Reichsgründung 1871 nach Blutsbanden, nach dem völkischen und nicht nach dem der bürgerlichen Demokratie entsprechenden Territorialprinzip geregelt. Alles, was auf der Welt

Eine ganz besonders rührende Idee der rassistischen Hetzer aus dem Haus Axel Springer.

auf Bundes- und Landesebene hat sich stets nur gegen Linke, Antifaschisten, Kommunisten und Menschen aus anderen Ländern gerichtet. Angebliches Vorgehen gegen Naziorganisationen hatte nur Alibicharakter. Das offenbarte sich vor allem in der Mordserie durch den NSU („Nationalsozialistischer Untergrund“) in den Jahren 2000 bis 2006, die erst im Jahr 2011 aufgedeckt wurde. Neun Menschen waren aus rassistischen Motiven ermordet worden, sowie eine Polizistin (Motiv ungeklärt). Es stellte

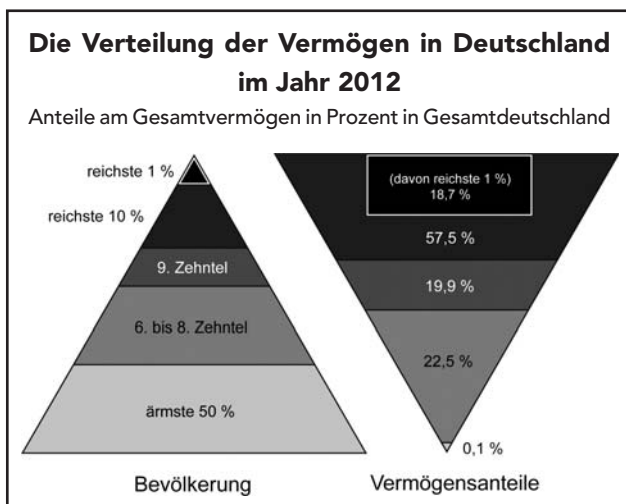
sich heraus, dass die Verfassungsschutzbehörden unentwirrbar mittels V-Leuten mit dem NSU verbunden und in die Mordserie verwickelt waren. Bemühungen um die Aufklärung dieser Verbrechen wurden torpediert, Beweismaterial wie z.B. Akten wurden kiloweise geschreddert. Viele Menschen forderten 2011 die Auflösung des Verfassungsschutzes. Er existiert aber unangefochten weiter. Die Verfassungsschutzbehörden sind ein zusätzliches Risiko für Leib und Leben der zu uns geflüchteten Menschen. Diese Ämter müssen deshalb schnellstens beseitigt werden.

Vermögenssteuer

Die Vermögenssteuer wurde in der BRD ab 1997 ausgesetzt. Immer wieder wurde die Forderung laut, die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Auch von SPD und Grünen, die das, als sie an der Regierung waren, allerdings unterließen und stattdessen in großem Maßstab die Ärmsten der Armen schröpften.

E. W.-P.

Die Arbeit an diesem Artikel wurde am 11.09.2015 beendet. Die Pläne des Bundesinnenministeriums, die eine Entrechtung der Asylsuchenden in einem Ausmaß wie nie zuvor beinhalten, konnten in dem Artikel nicht mehr berücksichtigt werden.



Asylrecht statt Vaterlandsverteidigung!

Über Fluchtursachen und deren Beseitigung

Heftigste Widersprüche gibt es über die Schutz und Asyl Suchenden, die in unser Land kommen. Viele stehen auf Seiten der Flüchtlinge, möchten helfen und sie beschützen. Dem steht gegenüber eine außer Rand und Band geratene Regierung: eine Bundeskanzlerin, die reinlassen und anschließend schnellstens selektiv abschieben will. Sie will die EU, dieses Deutsch-Europa, das bei der Erpressung Griechenlands noch so gut geklappt hat, vor der weiteren Verschärfung der „Flüchtlingskrise“ (besser gesagt: der EU-Krise) retten. Dabei wird sie aber von ihrer eigenen Partei bekämpft, vom Innen- und vom Finanzminister, und natürlich auch von der Schwesterpartei CSU, die ihrerseits total zerstritten ist. Alle wollen sie beweisen, dass sie noch rechter, noch übler, noch rassistischer sind als die Kanzlerin – vor allem aber noch deutscher. Gegen Europa, gegen den Rest der Welt – die einen riskieren das oder liebäugeln damit, andere haben sich sowieso schon längst als „Euroskeptiker“ hervorgetan. Die SPD hat es offenbar aufgegeben, in diesem ganzen Spektakel überhaupt noch eine Rolle zu spielen, und hechtet nur noch den jeweils aktuellen faulen Kompromissen hinterher. Hinter diesen ganzen Grabenkämpfen in der Bundesregierung steht das große Kapital. Es will Einwanderung, und zwar genau in dem Maß und in der Art und Weise, dass man gute, ausgebildete und gleichzeitig billige Arbeitskräfte bekommt. In der Europafrage haben sich bisher die entscheidenden Kräfte des Monopolkapitals für EU und Euro entschieden – sollte sich das in dieser zugespitzten Situation des Auseinanderbrechens der EU ändern, könnte sich die Gefahr des Faschismus in der BRD sprunghaft vergrößern. Diese ganze Gemengelage, die erstmal sehr kompliziert aussieht, wird von dem rechten braunen Mob in ganz einfache Taten umgesetzt: Häuser anzünden, Aufmärsche wildgewordener Speißer organisieren, Menschen beleidigen, einschüchtern, verletzen, ermorden.

Nur in einem sind sich offenbar alle einig: Die Fluchtursachen müssen beseitigt werden!

Aber warum?

Sehen wir mal genauer hin.

Die Bundesregierung, die als Ausschuss des großen Kapitals handelt, will im weltweiten Kampf um Einfluss- und Kapitalanlagesphären, um Rohstoffe und Absatzmärkte Ruhe und Ordnung und den eigenen imperialistischen Interessen dienstbare Regierungen überall dort, wo man sich diplomatisch, politisch und/oder militärisch eingemischt hat. Dafür hat man sich schließlich eingemischt ... Aber allzu oft geschieht dann eben das Gegenteil. Syrien, die Nummer 1 der Herkunftsländer der Flüchtenden: Die „Opposition“ wurde von imperialistischen Ländern – darunter nicht zuletzt die BRD – moralisch, organisatorisch und militärisch aufgerüstet – mit aus diesen Aktivitäten ist die Mörderbande „Islamischer Staat“ hervorgegangen, die in Syrien täglich Massaker in dem Ausmaß anrichtet wie in Paris am 13. November 2015. Nummer 2 ist Albanien, Nummer 3 Kosovo – ein nicht lebensfähiger Zwergstaat. Zustandegekommen ist er mit Hilfe der deutschen Luftwaffe, die 1999 Jugoslawien kaputtbombardierte. Angeblich, damit niemand mehr aus dem Kosovo fliehen muss – folgerichtig wird diese Hölle für Angehörige des Volks der Roma, von der Bundeswehr besetzt, als „sicheres Herkunftsland“ definiert. Nummer 4 ist Afghanistan – nach 14 Jahren Krieg unter Beteiligung der Bundeswehr, der angeblich die Frauen befreien und das Land friedlich und schön machen sollte. So sieht es aus, wenn die Imperialisten „Fluchtgründe beseitigen“!

Der rechte Sumpf im Bündnis mit den dümmsten Spielern vereinfacht auch hier die ganze Sache: Fluchtgründe müssen beseitigt werden, egal wie, damit auch wirklich keiner mehr zu uns reinkommt. Weg mit den „Fremden“! Außer natürlich wir holen sie uns als Klofrau, Prostituierte oder sonstige Bedienstete.

Für **die Arbeiter, die Kommunisten** kann es bei der Frage der Fluchtursachen überhaupt nicht darum gehen, zu verhindern, dass Menschen aus anderen Ländern zu uns



Die Kapitalisten freut es, wenn durch die Rechtlosigkeit der Flüchtlinge vom Klassenunterschied abgelenkt und nationalistische Hetze gefördert wird.

kommen. Sondern es geht darum, Zustände abzuschaffen, in denen sie zu uns kommen **müssen**. Und das ist die nächste Überlegung: Was sind eigentlich die Fluchtursachen? Auch darüber sind sich die Menschen aus den verschiedenen Klassen und Schichten alles andere als einig.

Welche Fluchtursachen gibt es?

Die **Bourgeoisie** lässt dazu Verwirrendes verlautbaren.

„Ethnische Konflikte“ seien Fluchtursachen – das erzählt man uns, seit Jugoslawien zerschlagen wurde. Nachdem man Fluchtgründe geschaffen hatte, wurde 1999 sogar Krieg gegen Jugoslawien geführt – die erste militärische Aggression Deutschlands seit 1945. Krieg gegen die selbstgeschaffenen Fluchtursachen!

„Religiöse Konflikte“ seien Fluchtursachen – was für eine Heuchelei! Der aus imperialistischen Intrigen – unter Beteiligung des deutschen Imperialismus – hervorgegangene „Islamische Staat“ terrorisiert tausende und abertausende Menschen muslimischen Glaubens und schlägt sie in die Flucht!

Armut gilt der herrschenden Klasse nicht als Fluchtursache. „Die wollen nur unser Geld“ – so werden „Wirtschaftsflüchtlinge“ definiert und beleidigt. Die Armut wurde durch den Imperialismus in die Weltregionen gebracht, aus denen Menschen jetzt flüchten. Kriege töten, Armut tötet auch. Armut wurde mit dem deutschen Geflügelabfall nach Westafrika exportiert, die einheimische Hühnerzucht ging zugrunde. Armut wurde in den Balkan exportiert, als Jugoslawien mit Hilfe der deutschen Luftwaffe zerbombt und durch die Intrigen der deutschen Außenpolitik zerstückelt wurde. Das sind nur zwei Beispiele für die mannigfaltigen Fluchtgründe

des Elends, der imperialistischen Ausplünderung.

Aber auch unter den **demokratisch gesinnten Menschen** kursieren Anschauungen über die Fluchtursachen, die man nicht unwidersprochen lassen kann. Und das ist vor allem die Ansicht: Die Amis seien schuld! Die USA sollen für die Flüchtlinge, die

Statt Duldung in der dritten Generation – automatische Einbürgerung nach drei Monaten Aufenthalt in der BRD bei Duldung weiterer Staatsbürgerschaften!



in die BRD kommen, zahlen. Das soll die Bundesregierung von den USA fordern.

Aber was sind wirklich die hauptsächlichen Fluchtursachen?

Es gibt zwei hauptsächliche Faktoren, die die Zahl der flüchtenden Menschen in den Jahrzehnten nach der Niederlage des Sozialismus in Europa ansteigen ließ. Das ist zum einen der Niedergang des antiimperialistischen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker, zum anderen die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern. Beide Faktoren bedingen einander und wirken in verheerendem Ausmaß aufeinander ein. Die unterdrückten Völker sind damit völlig schutzlos den Kämpfen der Imperialisten untereinander ausgeliefert, die auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Gleichzeitig wird die Ausbeutung dieser Völker ganz gewaltig verstärkt, da dem Schalten und Walten der Imperialisten kaum eine organisierte Kraft und fast keine internationale Solidarität entgegensteht.

Gerade der Faktor der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche hat sehr viel mit dem deutschen Imperialismus zu tun. Er versucht dort, wo die Niederlage des Sozialismus zunächst „weiße Flecken“ hinterlassen hat, seinen Einfluss geltend zu machen. Und da, wo der Niedergang der Befreiungsbewegungen Chaos, Armut und Perspektivlosigkeit hinterlassen hat, ist er ökonomisch, politisch und militärisch zur Stelle – gegen die Völker und gegen die imperialistischen Konkurrenten. Mal als friedlicher Warenverkäufer, mal als friedlicher Investor, mal als bescheidener Vermittler oder ehrlicher Makler (mit einem Sack voll imperialistischer Intrigen im Gepäck), und natürlich auch mit der Bundeswehr, um „humanitäre Katastrophen“ kaputtzuschießen.

Diese wirklichen Fluchtursachen auszublenden und die USA verantwortlich zu machen, ja sogar von der Bundesregierung zu verlangen, dass sie von den USA eine finanzielle Beteiligung an den Kosten für die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge fordert – das ist Vaterlandsverteidigung. Vaterlandsverteidigung, wie sie die SPD 1914 mit ihrer Bewilligung der Kriegskredite betrieben und damit die Arbeiter in den 1. Weltkrieg gehetzt hat. Ein großer Teil der Arbeiter ließ sich damals hetzen. Sie hatten den proletarischen Inter-

nationalismus vergessen und marschierten „fürs Vaterland“. Als sie fürs Kapital im Dreck lagen und auf ihre Brüder schossen, kam langsam, bruchstückhaft die Erinnerung wieder, was man mal im Kommunistischen Manifest gelesen hatte: Die Arbeiter haben kein Vaterland. Es wäre an der Zeit, sich wieder mal daran zu erinnern. Es darf kein „Wir Deutschen“ geben – gegenüber den Asylsuchenden nicht, und gegenüber anderen Ländern, anderen Staaten auch nicht!

Wie können die Fluchtursachen bekämpft werden?

Auf Grundlage der heutigen Entwicklung der Produktivkräfte müsste niemand hungern, müssten keine Kriege geführt werden, könnten alle Menschen auf der Erde in menschengerechten Verhältnissen leben. Das wissen viele derjenigen Menschen, die angesichts der Lage noch nicht ihren Verstand verloren haben.

Bei Demokraten kursieren deshalb auch Überlegungen, die auf den ersten Blick sehr einleuchtend aussehen. So zum Beispiel der Vorschlag, Afrika zu bewässern und damit wirksam den Hunger zu bekämpfen (eine Idee aus der ZDF-Kabarett-Sendung „Die Anstalt“ vom 20.10.2015).

Leider können solche Ideen unter imperialistischen Bedingungen kaum den gewünschten Erfolg haben. Unter diesen Bedingungen könnten solche Projekte ja auch nur imperialistische Projekte sein. Erfahrungsgemäß bringen solche Großprojekte den unterdrückten Völkern keinen Nutzen, im Gegenteil. Sie festigen die Macht des Imperialismus, stürzen abhängige Länder in Schulden und haben dann kaum Nutzen für die Bevölkerung, sondern nützen nur den jeweiligen Imperialisten und einer kleinen Schicht der dortigen Bourgeoisie, die durch die Zusammenarbeit mit den Imperialisten zu Reichtum kommt, der Kompradorenbourgeoisie.

Wir müssen also grundsätzlich an die Bekämpfung der Fluchtursachen herangehen. Das heißt, im Sinne des **proletarischen Internationalismus** handeln.

*„Es gibt nur **einen** wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im **eigenen** Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines **solchen Kampfes**, eben*

*einer solchen Linie und **nur einer solchen allein** in ausnahmslos **allen** Ländern.“ (Lenin, Werke Bd. 24, S. 60)*

Es sind also zwei Aufgaben, die Lenin hier nennt:

Erstens – die Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Land.

Zweitens – die Unterstützung eben eines solchen Kampfes in ausnahmslos allen Ländern.

Beides zusammen ergibt die Aufgabe, unseren Beitrag zu leisten im weltweiten Kampf gegen den Imperialismus, der erst mit der Befreiung der gesamten Menschheit sein Ende findet. Oder anders ausgedrückt: Das beides zusammen ergibt den einzig erfolversprechenden Kampf gegen die Fluchtursachen!

Was heißt das für uns hier und heute:

Erstens – die Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Land

Dazu ist allererste Voraussetzung die Erkenntnis, dass Klassen existieren – Bourgeoisie und Proletariat – und dass dies der entscheidende Unterschied zwischen den Menschen ist, die in diesem Land leben bzw. irgendwie existieren müssen. Erschwert wird diese Erkenntnis durch die Existenz von kleinbürgerlichen Zwischenschichten, die nicht eindeutig der einen oder anderen Klasse zuzuordnen sind. Erschwert wird weiter diese Erkenntnis weiterhin durch die Existenz von Nationen und Staaten und deren ungleichmäßige Entwicklung.

Diese Erkenntnis beinhaltet, dass alle Arbeiter auf der ganzen Welt zu einer Klasse gehören, dass es keine Ungleichheit, keine imperialistische Arroganz geben darf, dass die Konkurrenz der Arbeiter untereinander bekämpft werden muss. Es kommt nicht darauf an, welcher Nationalität ein Arbeiter ist, aus welchem Land er kommt. Es kommt nicht darauf an, wer betet und wer nicht, und wenn ja zu wem, es kommt nicht auf Sprache und Hautfarbe an. Klassenbewusster Arbeiter zu sein, darauf kommt es an.

Der erste Schritt, dieses Klassenbewusstsein zu fördern, heißt: Kampf um Demokratie, speziell in diesem Land und zu dieser Zeit: Abwehr eines drohenden faschistischen Angriffs. Der massivste Angriff auf die bürgerliche Demokratie von rechts findet zurzeit – und wahrscheinlich für längere Zeit – auf der Ebene der Entrechtung der Asylsuchenden

statt. Diese Entrechtung fördert Chauvinismus und imperialistische Arroganz. „Wir Deutschen“, „ihr Ausländer“ – dieses Schema ist Kampf gegen das bürgerliche Recht – und bürgerliches Recht heißt gleiches Recht für alle. Es heißt natürlich nicht Gleichheit aller. Aber wenn es gleiches Recht für alle gibt (oder wenn auch nur energisch darum gekämpft wird), dann erst wird offensichtlich, warum die Menschen trotz gleichen Rechts nicht gleich sind: weil sie in Klassen eingeteilt sind, in diejenigen, die alle Reichtümer, den allergrößten Teil der Produktionsmittel besitzen, und diejenigen, die nichts außer ihrer Arbeitskraft zum Verkauf anbieten können – und müssen, um zu überleben.

Auf der Entrechtung, auf der Welle des Deutschtums und der Vaterlandsverteidigung, basiert das Wir-Gefühl, der immer wieder beschworene Eindruck, wir würden von einer „Asylantenflut“, einer „Völkerwanderung“ etc. heimgesucht. Dem gilt es – gemeinsam mit allen demokratischen Kräften, die dafür gewinnbar sind – zu widerstehen und für die Forderungen zu kämpfen: Gleiches Recht für alle – Asylrecht für alle Flüchtlinge, ohne Prüfung durch die Behörden! Einbürgerung nach drei Monaten Aufenthalt bei Tolerierung mehrerer Staatsbürgerschaften! (Siehe KAZ Nr. 352, wo diese und weitere demokratische Forderungen zur Diskussion gestellt werden.)

Da kommt natürlich die Frage auf: **Wenn jeder reingelassen wird und dableiben kann, kann das nicht böse Folgen haben?**

Dass das Gerede von der Ausländerkriminalität reaktionäre Dummschwätzei ist, dürfte den Lesern dieser Zeitung sicherlich bekannt sein. Nur eins sollte man sich dazu noch klar machen: Erst wenn jeder Nicht-Deutsche genau so übel und kriminell sein kann wie jeder Deutsche, ohne dass sich irgendjemand darüber weiter aufregt, erst dann haben wir den Rassismus überwunden. Solange wir von Flüchtlingen verlangen, dass sie besser sind als wir, solange sitzen wir in der Rassismus-Falle.

Aber können dann nicht auch alle möglichen Reaktionäre in unser Land kommen, z.B. Antikommunisten, die uns von der Bourgeoisie als Zeugen gegen den Sozialismus vorgeführt werden? Ja, natürlich, sie können reinkommen. Aber sie können sowieso reinkommen, dazu braucht doch die Bourgeoisie kein Asylrecht. Nehmen wir den chinesischen „Künstler“ und „Dissidenten“ Ai Weiwei. Der hat ganz be-



stimmt keinen Asylantrag gestellt – er hatte die ganz normalen Voraussetzungen nach dem Ausländer„recht“, nämlich ein super Jobangebot: eine Professur in Berlin. Er unterrichtet ganze 16 Studenten. Egal, auf jeden Fall ist er eine unentbehrliche kulturelle Bereicherung für die antikommunistische Menschenrechtsheuchelei. So ein tolles Jobangebot hat keiner der vielen Asylsuchenden, die ja nicht mal wissen, ob sie bei uns die Toiletten putzen dürfen!

Und so haben alle, die für reaktionäre Umtriebe im Sinne des deutschen Imperialismus ein Exilland suchen, in Deutschland den besten und sichersten Platz. Zum Beispiel fand im Jahr 1991 die „Exilregierung“ der illegalen „Republik Kosovo“ Herberge in Stuttgart. Zur selben Zeit wurde die von den USA damals noch als „Terrororganisation“ eingestufte UCK vom BND (Bundesnachrichtendienst) aufgerüstet. Sie fungierte dann bei der militärischen Aggression gegen Jugoslawien als Bodentruppe. Diese Bande sitzt nun als Regierung in der „unabhängigen“ Republik (eigentlich Protektorat) Kosovo. Auch ukrainische Faschisten hatten keine Probleme mit den westdeutschen Behörden: So konnte der Faschistenführer Stepan Bandera in der BRD *„ab 1949 völlig unbehelligt von behördlicher Kontrolle agieren. Er galt als entschiedener Antikommunist und erfreute sich sogar offizieller finanzieller Förderung und staatlicher Unterstützung. Bereits im April 1950 trat er, umgeben von Leibwächtern, in München erstmalig im Rahmen einer Pressekonferenz auf und beklagte die mangelnde Unterstützung des bewaffneten ukrainischen Untergrundes durch die USA.“* (Erich Später im von Jörg Kronauer herausgegebenen Buch „Ukraine über alles“, S. 50 f.)

Herkunft, Nationalität, Geschlecht, Lebensalter sind nicht wichtig, wenn es um die Existenzbedingungen und die Zukunft aller Arbeiter geht. Gemeinsam gegen Regierung und Kapital!

Und eine weitere Sorte Einwanderer, Flüchtlinge oder wie man sie nennen will, konnten in Scharen kommen, und die Behörden breiteten stets den roten Teppich für sie aus. Mit dem Asylrecht hatte das überhaupt nichts zu tun. Sondern mit „Deutschtum“. Das reaktionäre Staatsbürgerschaftsrecht der BRD, übernommen von der Gründung des Deutschen Reiches 1871, ist im Gegensatz zum normalen bürgerlichen Recht nicht nach dem Territorialprinzip ausgerichtet, sondern nach der Abstammung. Als würden wir noch im Bärenfell rumlaufen! Dieses reaktionäre Staatsbürgerschaftsrecht diente und dient vor allem zu chauvinistischer Betätigung gegen andere Staaten – überall wo es „Deutsche“ gibt. So wurden DDR-Bürger zur Flucht angetrieben, gelockt, überredet, um gut ausgebildete Arbeitskräfte zu bekommen und der DDR immensen Schaden zuzufügen. 3,8 Millionen verließen zwischen 1949 und 1990 die DDR und kamen nach Westdeutschland oder Westberlin – natürlich ohne Asylantrag, das waren ja schließlich Deutsche, die DDR war sowieso nicht anerkannt und damit ungültig. 3,8 Millionen waren für Westdeutschland und Westberlin nicht zu viel, das fiel gar nicht weiter auf, man feierte sie sogar mit vaterländischem Gebrüll. Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa wurden dann 3 Millionen „Deutschstämmige“ aus der zerschlagenen Sowjetunion und mittel- und osteuropäischen Ländern in die BRD geholt. 3 Millionen! Auch das hat keiner so recht gemerkt. Aber das waren ja schließlich Deutsche ...

Wir sehen also: Das uneingeschränkte Asylrecht würde Demokratie und Antifaschismus nicht im Geringsten behindern, im Gegenteil. Schließlich kann niemand im Ernst fordern, dass diese deutschen Behörden die Reaktionäre

Diese Forderung haben manche vor lauter Freude vergessen, als Frau Merkel die Grenze öffnete. Aber für die „menschliche“ Kanzlerin sind die Flüchtlinge auch nur eine Manövriermasse fürs Kapital, für Deutsch-Europa.



aussortieren und zurückschicken! Nur wenn die Arbeiterklasse die Grenzen kontrolliert, kann reaktionäres Pack an der Grenze gestoppt werden, zu einem relativ großen Teil jedenfalls. Allerdings fehlt uns momentan eine „Kleinigkeit“, um das zu bewerkstelligen: der Staat der Arbeiter, die Diktatur des Proletariats.

Kommen wir nun zu der weiteren Aufgabenstellung des proletarischen Internationalismus, die Lenin genannt hat:

Zweitens – die Unterstützung eben eines solchen Kampfes in ausnahmslos allen Ländern

Wie können wir die Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes in ausnahmslos (!) allen Ländern unterstützen? Gerade heute sind die internationalen Verbindungen zu einem großen Teil zerrissen. Wir können ja zum großen Teil gar nicht beurteilen, welche Kräfte in anderen Ländern diese Aufgabe wirklich wahrnehmen. Was also können wir tun?

Was alle revolutionären Kräfte auf der ganzen Welt brauchen, ist die Möglichkeit der revolutionären Arbeit im Exil. Dazu gehört auch, dass das Exil den Verfolgten, Geschundenen, Gefolterten eine Atempause bietet, um Kraft zu schöpfen für den weiteren Kampf. Natürlich sind die meisten der hunderttausenden, die jetzt zu uns kommen, keine Revolutionäre. Darum geht es gar nicht. Es geht darum: Wenn unter einer Million Asylsuchenden – derzeit unerkannt für uns, aber auch unerkannt für die Bourgeoisie – ein Marx, ein Lenin, ein Ho Chi Minh ist, dann ist allein dafür der Kampf um das uneingeschränkte Asylrecht Verpflichtung für uns. Zumal es dann höchstwahrscheinlich nicht nur einen Marx, einen Lenin, einen Ho Chi Minh gibt, sondern vielleicht 100 enge Kampfgefährten dazu, und vielleicht 1.000 oder 10.000, die nicht mehr leben wollen wie bisher, die hier bei uns Arbeiter, Kollege, Genosse, Mensch sein wollen und die eines Tages Hand in Hand mit uns für die Befreiung unseres und ihres Landes kämpfen werden, für die Abschaffung jeglicher Fluchtursachen.



Zürich, Spittelgasse. Lenin schlug angesichts der vielen Einwanderer den Schweizer Genossen vor, die automatische Einbürgerung all der Ausländer zu fordern, die sich länger als drei Monate in der Schweiz aufhalten. Gegen die Rechtlosigkeit der Arbeiter aus anderen Ländern!

E.W.-P.

Aus der Rede des KPD-Abgeordneten Renner im Parlamentarischen Rat 1949 zum Asylrecht

Herr Dr. von Brentano will das Asylrecht nur denen gewähren, die ihr Heimatland verlassen mussten, weil sie aufrechte Kämpfer für die Demokratie waren. Nun kenne ich kein Land in Europa, das nicht von sich behauptet, dass der Zustand in seinem Land die Demokratie schlechthin ist. Ich kenne kein solches Land. Alle Länder, auch Spanien¹, behaupten, demokratische Länder zu sein. Die Meinungen darüber gehen natürlich auseinander. Was der eine als Demokratie ansieht, ist dem anderen das Gegenteil. Ich lasse durchaus offen, welche Meinung richtig ist. Ich rede nur schlechthin von der Tatsache, dass jedes Land seine Regierungsform als demokratisch anspricht. Nur diejenigen, die gegen die dort existierende Staatsordnung angehen, verstoßen dann nach Auffassung der dort herrschenden Gewalt gegen die Demokratie. Sie müssen aus diesem Grund das Land verlassen. Sie sind also in jedem Fall vom Standpunkt ihres Heimatlandes aus gesehen als Kämpfer gegen die Demokratie in dem jeweiligen Land anzusprechen. Dass man aber im 20. Jahrhundert als politisch reifer Mensch und Demokrat überhaupt den Gedanken aussprechen kann, es sei notwendig, das Asylrecht einzuengen, das geht weit über mein Begriffsvermögen hinaus. Es gehört doch hier zum guten Ton, die größten europäischen Länder geradezu als Muster von Demokratien hinzustellen; ich denke an Frankreich und England. Wie steht es damit? Frankreich war das Land, das bis zu einem gewissen Zeitpunkt – nämlich bis zu dem Zeitpunkt, als die Kräfte von Vichy² an die Macht kamen – das absolute Asylrecht gewährte. Da wurden aus Deutschland Kommunisten und Antifaschisten jeder Schattierung aufgenommen. Es wurden die Kämpfer für das Zarentum, die Weissgardisten usw. aufgenommen, jeder hatte Asylrecht.

(Zuruf: Sogar Rauschning³.)

– Auch Rauschning; es ist gut, dass Sie das bringen. Schließlich, wenn Hitler gekommen wäre, hatte er dort auch Asylrecht bekommen, seien Sie sicher.

Dagegen war England trotz Anerkennung des allgemeinen Asylrechts schon etwas vorsichtiger. Da durfte ein Kommunist nur unter gewissen Kautelen hineinkommen. Die USA schlossen ebenfalls bei genereller Anerkennung des Asylrechts die Kommunisten von vornherein aus.

(Zuruf: Sie sind aber trotzdem hineingekommen!)

– Das lag an anderen Dingen, das wissen Sie doch, Herr Kollege Wagner. Wir kamen überall hin und kamen auch überall wieder heraus.

...

Ein letztes Wort. Man soll sich hüten, den Begriff „politischer Emigrant“ irgendwie einzuengen. Die Praxis hat bewiesen, dass ein grosser Teil der in der Nazizeit aus Deutschland geflüchteten Emigranten im Asylland von Deutschland her mit irgendeiner kriminellen Beschuldigung belastet wurde. Die Nazibehörden haben sozusagen an einem jeden von uns irgendetwas Kriminelles entdeckt. Sie haben auf Grund dieser Entdeckungen zum Beispiel einem Gewerkschaftler, der dafür gesorgt hat, dass das Geld der Gewerkschaften ins Ausland kam, dass unser ehrliches Geld nach drüben kam und nicht Hitler in den Rachen fiel, einen Prozess wegen Unterschlagung angehängt. Das müssen Sie doch wissen. Man hat es also in den allermeisten Fällen verstanden, den Begriff politischer Emigrant mit dem Begriff krimineller Flüchtling zu vermengen. Deswegen muss man jede Einengung des Begriffs politischer Emigrant vermeiden. Man muss schlechthin von politischer Emigration und politischem Asylrecht sprechen, sonst gerät man in des Teufels Küche.

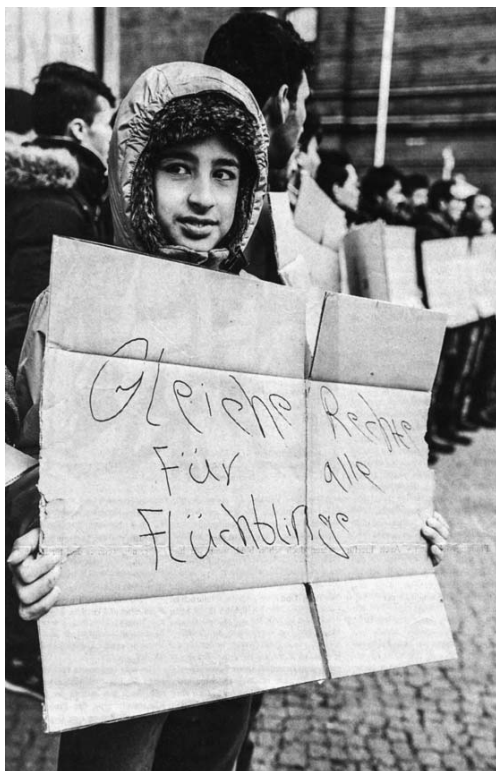
(Die Fußnoten wurden von der KAZ-Arbeitsgruppe „Flüchtlinge“ hergestellt, die diese Auszüge aus der Rede des Genossen Renner in der KAZ 293 dokumentierte. Diese Ausgabe der KAZ erschien 1999, während des Aggressionskrieges gegen Jugoslawien, als die Bundesregierung nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die Flüchtlingsströme als Waffe benutzte.)

- 1 Spanien war bis 1975 ein faschistischer Staat, zu dem übrigens die BRD – voll in der Tradition der Hitlerfaschisten – bis zum Ende freundschaftliche Beziehungen unterhielt.
- 2 Das Vichy-Regime war eine für die Hitlerfaschisten arbeitende Marionettenregierung in Frankreich unter Pétain nach der Kapitulation Frankreichs (1940) mit Sitz in Vichy.
- 3 Hermann Rauschning, NSDAP-Mitglied seit 1926, wurde 1933 im Auftrag der Nazi-Partei Senatspräsident des damaligen Danzig (heute Gdansk, Polen). Überwarf sich mit der Führungsrige der Nazis und floh 1936 in die Schweiz, 1938 nach Frankreich.

**Nach „Köln“: Gesundes Volksempfinden?
Recht ist, was dem Volke nützt?**

Nein! Gleiches Recht für alle!

Sie wollen nicht Bettler, nicht gebetene oder ungebetene Gäste sein. Sie kommen als Menschen und Arbeiter, denen das gleiche Recht zusteht wie den hier schon Lebenden.



Wer hat nicht schon bei Gerichtsurteilen den Kopf geschüttelt und sie als unvereinbar mit dem gesunden Menschenverstand betrachtet. Die Hitlerfaschisten haben diese erstmal normale spontane Reaktion ausgenutzt für die Außerkraftsetzung des bürgerlichen Rechts¹. Gültig wurde das „gesunde Volksempfinden“. Es bedeutete Willkür statt Recht, Zuchthaus, KZ, Folter und Tod für alle wirklichen und vermeintlichen Gegner des Faschismus. Als geflügeltes Wort hat das „gesunde Volksempfinden“ den Faschismus überdauert. 1994 versuchte sich der Politiker und Professor Ingo von Münch (FDP) an der Rehabilitierung dieses Begriffs². Nicht direkt schon als Begriff, aber als ideologischer Hintergrund wirkt offenbar das „gesunde Volksempfinden“, seitdem sich bürgerliche Politiker angesichts der Menge der Asylsuchenden plötzlich und unerwartet für die „Sorgen und Nöte“ „der Menschen“ interessieren. Eine der dümmsten Stammtischparolen hat es nun sogar in nennenswerte Kreise der Linken geschafft: „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.“

Nach „Köln“ hat die Woge der Entrechtung der Asylsuchenden einen weiteren Schub bekommen. Nach „Köln“, den massenhaften Strafanzeigen wegen mutmaßlicher sexueller Übergriffe vor dem Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht, ist das bürgerliche Recht noch mehr als bisher zum Abschuss freigegeben. Das „Asylpaket 2“ der Bundesregierung erlaubt Abschiebungen schon nach einem Ladendiebstahl³. Das passt wie die Faust aufs Auge zu den verheerenden Zuständen beim

Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) in Berlin, wo man viele Flüchtlinge hungern lässt, statt die ihnen zustehenden paar Euro auszuzahlen. Und es passt zu dem allgemeinen Bestreben, die Ärmsten, Schutzbedürftigsten dieser Gesellschaft immer weiter zu entrechten und dem „gesunden Volksempfinden“ auszuliefern – bis dahin, dass nun auch Schwerkranke abgeschoben werden dürfen.

„Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.“ Was ist überhaupt „Gastrecht“? So bezeichnet man alte Rituale, z.B. bei den Germanen. Die haben allerdings mit Recht gar nichts zu tun. Es gibt verschiedene landläufige Begriffe, die aus Nachlässigkeit mit dem Attribut „Recht“ belegt werden, aber in Wirklichkeit niemals ein einklagbares Recht dargestellt haben – so zum Beispiel auch der Begriff „Mutterrecht“. Dabei handelte es sich um eine Struktur der Urgesellschaft, die zum Überleben notwendig war. Es gab kein Gericht, wo das die Frauen einklagen konnten, aber das war auch gar nicht notwendig – solange es kein Privateigentum an Produktionsmitteln gab, brauchte man auch kein Recht, sondern die besondere Stellung der Frauen war einfach eine Selbstverständlichkeit. Und ganz genau so war es auch mit dem Gastrecht.

„Gastrecht“ heute – Willkür statt Recht

Welche Rechte hat heute ein Gast? Gar keine. Manche sagen oder schreiben: „Wenn ich Gäste habe und die randalieren, dann schmeiße ich sie doch raus.“ Ja, natürlich. Ich kann aber auch Gäste aus meiner Wohnung schmeißen, die sich gar nichts zuschulden kommen lassen, die äußerst liebenswerte Leute sind. Einfach weil ich allein sein will, weil ich keinen Bock mehr auf Gäste habe. Das ist meine Entscheidung, und meine rausgeschmissenen Gäste können dagegen nichts machen, selbst wenn sie Heerscharen von Rechtsanwälten damit beschäftigen würden.

Und genau so ist der Stammtischspruch mit dem Gastrecht gemeint. Er bedeutet Willkür statt Recht. Das war auch schon so gemeint, als man die italienischen Kollegen, die in den sechziger Jahren nach Westdeutschland geholt wurden, als „Gastarbeiter“ bezeichnete. Und im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 hieß es: „*Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdgesetzgebung stehen.*“⁴

- 1 Lenin zur Entwicklung des Kapitalismus und des bürgerlichen Rechts: *„Die wirtschaftlichen Kräfte der Klasse der Gutsbesitzer verfielen und es entwickelte sich die Kraft einer neuen Klasse – der Vertreter des Kapitals. Die Umgestaltung der Gesellschaft vollzog sich so, dass nunmehr alle Bürger sozusagen gleich wurden, die frühere Teilung in Sklavenhalter und Sklaven fortfiel, alle vor dem Gesetz als gleich galten, unabhängig davon, über welches Kapital der einzelne verfügt, ob er Grund und Boden als Privateigentum besitzt, oder ob er ein Habenicht ist, der nichts hat als seine Arbeitshände: alle sind vor dem Gesetz gleich. Das Gesetz schützt alle in gleicher Weise, schützt das Eigentum, wenn einer solches besitzt, vor den Anschlägen jener Masse, die kein Eigentum besitzt und nichts anderes hat als ihre Arbeitshände, die allmählich verelendet, die ruiniert wird und sich in Proletarier verwandelt. Das ist die kapitalistische Gesellschaft.“* LW Bd. 29, S. 473
- 2 Ingo von Münch, Tabuisierung von Begriffen, NJW 1994, S. 634
- 3 Für die Abschiebung kann eine Bewährungsstrafe ausreichen, siehe www.tagesschau.de/inland/bundestag-asylpaket-103.html
- 4 Lutz Mager, Wege völkischer Rechtserneuerung: Rechtsquellenlehre und Auslegung als Gesetzgebungsersatz, www.juracafe.de/ausbildung/seminar/self/rechtserneuerung.htm

Eine Äußerung der Vernunft:

Kein Gast- oder Gnadenrecht: Asylrecht ist Menschenrecht

Aus dem Beschluss des Geschäftsführenden der Partei Die Linke vom 12. Januar 2016:

Für DIE LINKE ist das Prinzip des Rechtsstaats unhandelbar. Straftaten müssen für alle Menschen die gleichen Rechtsfolgen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Äußerem oder Herkunft – haben. Das Aufenthalts- und Asylrecht ist kein Strafrecht zweiter Klasse. Sie dürfen nicht als Sonderstrafrecht für Geflüchtete und Menschen ohne deutschen Pass missbraucht werden.

Wenn die Bundesregierung (...) nun plant, Aufenthaltsbestimmungen im Aufenthaltsrecht so zu verschärfen, dass die Abschiebung eine weitere Folge neben einer Bestrafung nach dem Strafrecht ist, so lehnen wir diese doppelte Bestrafung als rechtsstaatswidrig ab. DIE LINKE lehnt Abschiebungen ab.

(...) Das Asylrecht (...) ist weder ein Gnaden- noch ein Gastrecht, das verwirkt werden kann. Wir setzen uns gegen rassistische Stigmatisierung von Flüchtlingen und Muslimen im Nachgang der Kölner Ereignisse ein.

Es gibt – entgegen dem „gesunden Volksempfinden“ – einen Unterschied zwischen deiner privaten Wohnung und dem Staat. Der Staat ist ein Produkt des Klassenkampfes, ein Instrument der Kapitalistenklasse. In deiner Wohnung gilt deine eigene Hausordnung (außer die Polizei stürmt deine Bude oder du musst in Ausnahmefällen den Vermieter reinlassen). In einem bürgerlichen Staat aber gilt (normalerweise) das bürgerliche Recht, und für das bürgerliche Recht gilt nun mal, dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Und das heißt auch, dass alle, die eine Straftat begangen haben, vor dem Gesetz gleich sind. Ein Sonderstrafrecht, das Abschiebung für straffällige Flüchtlinge vorsieht, ist mit dem bürgerlichen Recht nicht

vereinbar, ist Willkür. Art und Maß der Strafe muss bei gleichem Tatbestand für alle gleich sein.

Bürgerliches Recht – was geht das die Arbeiter an?

Viele Arbeiter sind verständlicherweise skeptisch gegenüber dem bürgerlichen Recht. Wenn es drauf ankommt, ist ja doch meistens der Kapitalist der Sieger und der Arbeiter der Dumme. Soweit erstmal richtig, das sagt der gesunde Menschenverstand. Es sind aber noch zwei Dinge zu berücksichtigen: Erstens gibt es Gesetze und Gerichtsurteile – gerade in unserem Land – die mit dem bürgerlichen Recht nichts zu tun haben, die ein Erbe der reaktionären Geschichte dieses Staates bis hin zum Hitlerfaschismus sind. Siehe

z.B. die Gerichtsurteile gegen das Streikrecht, oder das deutsch-völkische Staatsbürgerschafts„recht“, oder das KPD-Verbot. Und zweitens: in Zeiten der verschärften imperialistischen Konkurrenz, der Kriegsgefahr und dem Aufstieg des deutschen Imperialismus wird das bürgerliche Recht, die formale Gleichheit aller, mehr und mehr von der Bourgeoisie und ihrem Staat angegriffen. Mehr und mehr tritt an die Stelle der Gleichheit vor dem Gesetz das „gesunde Volksempfinden“ und die Naziparole „Recht ist, was dem Volke nützt“ greift zwar nicht wörtlich, aber vom Inhalt her immer mehr Köpfe an, denen man Besseres zugetraut hätte.

Was nun hat es mit dem bürgerlichen Recht genau auf sich?

Als sich die mittelalterliche Feudalordnung überlebt hatte und der Kapitalismus auf dem Vormarsch war, brauchte die Kapitalistenklasse eine bürgerliche Rechtsordnung, brauchte sie das gleiche Recht für alle. Das war ihr Kampfmittel gegen die Leibeigenschaft. Die Leibeigenschaft war das größte Hindernis für die kapitalistische Produktion. Die Bourgeoisie brauchte den freien Lohnarbeiter. Sie schrieb sich Freiheit und Gleichheit auf die Fahnen. Und sie siegte gegen die feudale Reaktion (nebenbei: in Deutschland verzichtete sie auf den vollständigen Sieg und legte sich mit der Feudalaristokratie ins Bett – auch das macht dieses Land bis heute so reaktionär).

Nach diesem Sieg der Bourgeoisie (der dann auch erstmal ein Sieg der Arbeiter war) haben also Kapitalist und Arbeiter das gleiche Recht und sie sind frei, einen Vertrag miteinander zu schließen. Das kennen wir alle – das ist der Arbeitsvertrag. Ein Vertrag unter Gleichen – dem Besitzer der Produktionsmittel und dem Besitzer der Arbeitskraft.

Das ist gleiches Recht. Nach Vertragsabschluss beginnt der Arbeiter für den Kapitalisten zu arbeiten. Es sieht immer noch nach Gleichheit aus – der Arbeiter bekommt scheinbar seine Arbeitsstunden bezahlt. In Wirklichkeit aber schafft er mehr Reichtum, mehr Werte, als seine Arbeitskraft wert ist. Nur so war ja überhaupt der menschliche Fortschritt möglich: wenn die Menschen arbeiten, schaffen sie mehr, als sie unmittelbar zum Erhalt ihrer Arbeitskraft brauchen. Genau diese menschliche Fähigkeit macht sich der Kapitalist zunut-

ze. Der Arbeiter erarbeitet also nicht nur den Ersatz seines Arbeitslohns, sondern auch noch einen Mehrwert für den Kapitalisten. Als sie einen Vertrag schlossen, waren Arbeiter und Kapitalist gleich – erst in der Produktion werden sie zu Ausbeuter und Ausgebeutetem.

Worin besteht nun der Fortschritt für den Lohnarbeiter gegenüber dem Leibeigenen?

Zunächst mal waren die bürgerlichen Zustände notwendig, um eine Großproduktion zu schaffen, in der die Handarbeit ungeheuer vereinfacht bis beseitigt wurde. Es entstand eine Produktionsweise, die in der Lage ist, ständig den Reichtum zu vergrößern, die Armut abzuschaffen. Die Kapitalistenklasse, die zunächst notwendig war, um diese Produktionsweise in Gang zu setzen, wurde sehr schnell zum Haupthindernis des Fortschritts der Gesellschaft – jede technische und wissenschaftliche Errungenschaft brachte immer nur den Kapitalisten Reichtum, den Massen der Werktätigen aber Elend, Unterdrückung und Kriege. Kein Verbrechen in der Vergangenheit kann sich messen mit den durch den heutigen Kapitalismus, durch den Imperialismus verübten (und hier wiederum steht nach wie vor der deutsche Imperialismus unerreicht an der Spitze mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus). Gleichzeitig ist die Kapitalistenklasse die letzte Ausbeuterklasse der Menschheit. Und die Arbeiterklasse ist die Klasse, die das Potenzial hat, mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für alle Mal Schluss zu machen. Sie kann organisiert gegen die Kapitalistenklasse antreten, kann das gleiche Recht einfordern. Sie kann so kämpfen wie es Leibeigenen nie möglich gewesen wäre – so hat der Verrat des Bürgertums 1523 im deutschen Bauernkrieg den kämpfenden Bauern für Jahrhunderte das Genick gebrochen.

Wie kann heute der Kampf der Arbeiter aussehen?

Nehmen wir nur mal ein uns heute nur zu bekanntes Beispiel: Ständig steigt die Arbeitszeit an. Die Kapitalisten erhöhen damit ihren Mehrwert (Profit), für die Arbeiter geht das nur auf die Knochen. Würden die Arbeiter sich wieder mehr auf ihr bürgerliches Recht als Warenbesitzer besinnen,



dann würden sie auch wissen, was Warenbesitzer tun, um ihre Ware zu verteuern: sie halten ihre Waren zurück. Wenn Arbeiter ihre Ware, die Arbeitskraft, zurückhalten, dann nennt man das Streik. Aber die Sache mit dem bürgerlichen Recht geht noch weiter. Sie ergreift irgendwann die ganze Gesellschaft. Warum: Der Kapitalist als Käufer der Arbeitskraft behauptet sein Recht, den Arbeitstag so lange wie möglich auszudehnen. Der Arbeiter als Verkäufer der Arbeitskraft behauptet sein Recht, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normgröße beschränken will. „... *Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.*“⁵

Nur wenn wir keine Leibeigenen und keine Sklaven sind und auch keine Leibeigenschaft, keine Sklaverei und kein ungleiches Recht dulden, können wir als freie Lohnarbeiter agieren, im Kräfteressen mit der Bourgeoisie feststellen, dass das gleiche Recht aufgrund der Ausbeutung ungleiches Recht bedeutet, dass Recht gegen Recht steht. Nur so können wir

Täglich wird uns regierungsamtlich eingebläut, dass wir von einer „Flüchtlingskrise“ heimgesucht werden, der wir uns erwehren müssen. Das schafft selbst in der linken Bewegung Unsicherheit. Aber die klaren Köpfe in dieser Frage sind nicht ausgestorben, wie z.B. der oben dokumentierte Beschluss und dieses Foto zeigen.

5 Karl Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23, S. 249

an die Schwelle der Beseitigung dieser Ausbeutergesellschaft kommen. Wenn wir aber die ständigen Rückschritte in die Rechtsungleichheit dulden – ob bei uns selber oder z.B. bei den Asylsuchenden, die in unser Land kommen – dann wird man uns weiter einkochen, wird mit Leichtigkeit faschistische Zustände herstellen können. Das ungleiche Strafrecht verschärft und potenziert schon vorhandene Rechtsbrüche: Es gilt ja schon als Straftat, der Zugehörigkeit zur PKK verdächtig zu sein, die eng mit der Partei der Demokratischen Union (PYD) der syrischen Kurden zusammenarbeitet und diese unterstützt – der einzigen Kraft, die auf syrischem Boden wirklich gegen die Mörderbande IS kämpft. Die PKK ist nicht wegen irgendwelcher Straftaten verboten, sondern weil sie vom Innenministerium als „terroristisch“ erklärt worden ist. Es gilt auch schon als Straftat, Naziaufmärsche zu blockieren. Dabei sind nach internationalen Maßstäben des bürgerlichen Rechts, die im Potsdamer Abkommen 1945 festgelegt wurden, diese Aufmärsche verboten und nicht deren Blockade. Dennoch kann nun ein Asylbewerber, der mithilft gegen die Nazis, nicht nur verurteilt, sondern genau aus diesem Grund abgeschoben werden! Aber auch da, wo gleiches Recht gilt, wo aber die Ungleichheit der Klassenzugehörigkeit ganz offensichtlich wird, hat das ungleiche Strafrecht grausige Konsequenzen. Zum Beispiel: Ein Flüchtling, der das „Glück“ hat, einen Arbeitsplatz zu bekommen und als aktiver Gewerkschafter agiert. Wehe, der nimmt sich ein Stück Brot oder Wurst, das für die Abfalltonne des Kapitalisten vorgesehen war – das ist „Diebstahl“! Und auch in diesem Fall heißt das: Abschiebung! Es ist also im Interesse der Arbeiterklasse hier und heute, im täglichen praktischen Kampf ganz naheliegend, die Stammtischparole vom „Gastrecht“ zu verwerfen und zu bekämpfen.

Diejenigen, die zu uns flüchten, sind Proletarier

Es spielt keine Rolle, was sie in ihrem Heimatland an kleineren oder größeren Besitztümern hatten. Sie haben alles verkauft, sie haben nichts mehr. Wir müssen sie zu Kollegen machen, müssen in unseren Gewerkschaften dafür kämpfen, dass sie endlich auch Gewerkschaftsmitglieder werden können.



Viel wichtiger noch als die gut gemeinte Fürsorge und Betreuung der Geflüchteten ist unsere Solidarität, der gemeinsame Kampf um unsere Gleichheit, unabhängig von Staatsangehörigkeit, Nationalität, Geschlecht, Sprache und Hautfarbe.

„Recht ist, was dem Volke nützt“, das war die Leitlinie der Blutjustiz des Hitlerfaschismus. Gleiches Recht für alle – das heißt Asylrecht für jeden, der als Asylsuchender kommt. Das heißt, Einbürgerung nach drei Monaten Aufenthalt in diesem Land bei Tolerierung mehrerer Staatsbürgerschaften. Das heißt, keine Abschiebungen, auch nicht von Menschen, die (vermeintlich oder wirklich) Straftaten begangen haben.

Das heißt: Gemeinsam kämpfen gegen Verelendung, Ausdehnung des Arbeitstages, Entrechtung. Kämpfen, bis klar ist: Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt.

Nur so entkommen wir Elend, Faschismus und Krieg – und in der Menschheitsgeschichte einen Schritt weiter.

E.W.-P.

2012: Marsch der Geflüchteten von Würzburg nach Berlin. Eine der über Jahre andauernden Kampfkationen in Berlin: 2014 Besetzung des Gewerkschaftshauses mit der Forderung nach Aufnahme in die Gewerkschaft. Hier geht es wirklich um Integration – Integration der deutschen Gewerkschaften in die Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse!

W.I. Lenin: Kapitalismus und Arbeiterimmigration

Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt. Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an.

Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte und Tausende Werst weit verschlagen. Der fortgeschrittene Kapitalismus zieht sie gewaltsam in seinen Kreislauf hinein, reißt sie aus ihrem Krähwinkel heraus, macht sie zu Teilnehmern an einer weltgeschichtlichen Bewegung, stellt sie der mächtigen, vereinigten, internationalen Klasse der Industriellen von Angesicht zu Angesicht gegenüber.

Es besteht kein Zweifel, dass nur äußerstes Elend die Menschen veranlasst, die Heimat zu verlassen und dass die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten. Doch nur Reaktionäre können vor der *fortschrittlichen* Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der *ganzen* Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.

Amerika steht an der Spitze der Länder, die Arbeiter importieren. Hier die Angaben über die Zahl der nach Amerika Auswandernden:

1821-1830	99.000	1861-1870	2.064.000
1831-1840	496.000	1871-1880	2.262.000
1841-1850	1.597.000	1881-1890	4.722.000
1851-1860	2.453.000	1891-1900	3.703.000
in den neun Jahren 1901-1909		7.210.000	

Der Umfang der Auswanderung hat gewaltig zugenommen und verstärkt sich ständig. In den fünf Jahren von 1905 bis

1909 sind durchschnittlich *über eine Million Menschen* im Jahr nach Amerika (es handelt sich hier nur um die Vereinigten Staaten) übergesiedelt.

Interessant ist dabei die Veränderung in der Zusammensetzung der Einwanderer (der Immigranten, d. h. sich in Amerika Ansiedelnden). Bis zum Jahre 1880 überwog die sogenannte *alte* Immigration, aus den alten Kulturländern England, Deutschland, zum Teil Schweden. Sogar bis 1890 haben England und Deutschland zusammen mehr als die Hälfte aller Immigranten gestellt.

Mit dem Jahre 1880 beginnt eine unglaublich rasche Zunahme der sogenannten *neuen* Immigration, aus dem östlichen und südlichen Europa, aus Österreich, Italien und Russland. Aus diesen drei Ländern kamen Immigranten nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika:

1871-1880	201.000	1891-1900	1.847.000
1881-1890	927.000	1901-1909	5.127.000

So wird den zurückgebliebenen Ländern der Alten Welt, die in ihrer ganzen Lebensordnung die meisten Überreste der Leibeigenschaft bewahrt haben, sozusagen gewaltsam Zivilisation beigebracht. Der amerikanische Kapitalismus entreißt Millionen von Arbeitern des zurückgebliebenen Osteuropa (und darunter Russlands, das 594.000 Immigranten in den Jahren 1891-1900 und 1.410.000 in den Jahren 1900-1909 stellte), ihren halb mittelalterlichen Verhältnissen und stellt sie in die Reihen der fortgeschrittenen, internationalen Armee des Proletariats.

Eine interessante Beobachtung macht Hourwich, der Verfasser des höchst lehrreichen, im vorigen Jahr in englischer Sprache erschienenen Buches „Einwanderung und Arbeit“. Nach der Revolution von 1905 stieg die Zahl der Auswanderer nach Amerika besonders stark (1905 – 1 Mill., 1906 – 1,2 Mill., 1907 – 1,4 Mill., 1908-1909 – je 1,9 Millionen). Die Arbeiter, die in Russland zahlreiche Streiks mitgemacht hatten, haben den Geist kühnerer, offensiver Massenstreiks auch nach Amerika getragen. Russland bleibt immer mehr zurück und gibt einen Teil seiner besten Arbeiter ans Ausland ab; Amerika schreitet immer rascher vorwärts und nimmt der ganzen Welt die energischste, arbeitsfähigste Arbeiterbevölkerung weg.*

Deutschland, das mit Amerika mehr oder weniger Schritt hält, verwandelt sich aus einem Land, das Arbeiter abgeben hat, in ein Land, das fremde Arbeiter heranzieht. Die Zahl

* Außer den Vereinigten Staaten schreiten auch die anderen amerikanischen Staaten rasch vorwärts. Im letzten Jahr betrug die Zahl der Auswanderer nach den USA etwa 250.000, nach Brasilien etwa 170.000, nach Kanada über 200.000, insgesamt 620.000 in einem Jahr.

der deutschen Immigranten in Amerika, die in dem Jahrzehnt von 1881 bis 1890 auf 1.453.000 angestiegen war, fiel in den neun Jahren von 1901 bis 1909 auf 310.000. Dagegen betrug die Zahl der ausländischen Arbeiter in Deutschland in den Jahren 1910/1911 695.000 und in den Jahren 1911/1912 729.000. Betrachten wir die Verteilung dieser Arbeiter nach Beschäftigungsarten und Herkunftsländern, so ergibt sich folgendes Bild:

In den Jahren 1911/1912 in Deutschland beschäftigte ausländische Arbeiter (in 1.000)

	Landwirtschaft	Industrie	Insgesamt
aus Russland	274	34	304
aus Österreich	101	162	263
aus den übrigen Ländern	22	135	157
Insgesamt	397	331	728

Je zurückgebliebener ein Land, desto mehr ungelernete, landwirtschaftliche Arbeiter liefert es. Die fortgeschrittenen Nationen reißen sozusagen die besten Verdienstmöglichkeiten an sich und überlassen die schlechteren den wenig zivilisierten Ländern. Europa im allgemeinen (die „übrigen Länder“) liefert Deutschland 157.000 Arbeiter, davon *über* 8/10 (135.000 von 157.000) Industriearbeiter. Das rückständige Österreich liefert nur 6/10 (162.000 von 263.000) Industriearbeiter, das am meisten zurückgebliebene Russland nur 1/10 Industriearbeiter (34.000 von 308.000).

Russland muss also überall und in jeder Hinsicht für seine Rückständigkeit büßen. Doch die Arbeiter Russlands befreien sich, verglichen mit der übrigen Bevölkerung, immer mehr aus dieser Rückständigkeit und Kulturlosigkeit, sie leisten diesen „lieblichen“ Zügen ihrer Heimat am meisten Widerstand, schließen sich am engsten mit den Arbeitern aller Länder zu einer weltumspannenden, befreienden Kraft zusammen.

Die Bourgeoisie hetzt die Arbeiter der einen Nation gegen die der andern auf und sucht sie zu trennen. Die klassenbewussten Arbeiter, die begreifen, dass die Zerstörung aller nationalen Schranken durch den Kapitalismus unumgänglich und fortschrittlich ist, bemühen sich, die Aufklärung und Organisierung ihrer Genossen aus den zurückgebliebenen Ländern zu unterstützen.

„Sa Prawdu“ Nr. 22, 29. Oktober 1913.

Unterschrift: W.I. Nach dem Text der Sa Prawdu“.

Gleiches Recht für alle ist konkrete Voraussetzung für erfolgreiche Kämpfe

Die Losung „Gleiches Recht für alle“ ist eine Forderung nach dem bürgerlichen Recht. Das bürgerliche Recht ist die aktuelle Grundlage der Kämpfe um Lohn, Arbeitszeit und unsere Rechte. Um diese überhaupt führen zu können, ist die Bekämpfung des Rassismus für die Arbeiterklasse so elementar:

Im überregional bekannten Göttinger Hotel „Freizeit Inn“ taten sich zuletzt überraschende Dinge. Der Chef und wohl auch Teileigentümer des bekannten Hotels stellt sich plötzlich und für seine Funktion konsequent vor seine Beschäftigten, indem er rassistische Hotelgäste rausschmeißt. Eine nach seiner Aussage Gewerkschaftssekretärin und andere Gäste weigerten sich, sich von einer Bedienung mit Kopftuch ihren Kaffee bringen zu lassen, andere international erfahrene Kollegen werden aufgrund von Sprachschwächen oder Akzent von den Gästen diskriminiert. Der Chef stellte sich dazwischen und erklärte deutlich, dass er auf diese Gäste verzichten wird und verweist sie des Hauses. Dafür war er zuvor in keinster Weise bekannt, auf antifaschistischen Veranstaltungen hatte man ihn noch nie gesehen. Saunagäste beschwerten sich, dass „arabisch aussehende“ Gäste mit Badehose die Sauna besuchten, die „einheimischen“ Frauen begafften würden und forderten Textilverbot. Eher ungewöhnlich nach der Kölner Propagandawelle wies der Hotelleiter darauf hin, dass es unterschiedliche Kulturen bei Saunabesuchen gibt, in vielen Ländern wird die Sauna bekleidet besucht und das würde bei ihm auch so bleiben, im Übrigen wären schon weit mehr Deutsche aufgrund belästigender Blicke der Sauna verwiesen worden. Nun ist er im türkischen Fernsehen, RTL undsoweiter. Rein geschäftlich versucht er damit auch, Geschäftsleute aus arabischen Ländern in sein Hotel zu bekommen. Dennoch ist es glaubwürdig, denn er erklärt auch deutlich, dass die auffälligen Rassisten unter seinen Hotelbesuchern Deutsche mit mutmaßlich

höherer Bildung waren. Das ist sowieso klar, andere können sich den Besuch dieser Hotelkategorie in der Regel auch nicht leisten. Sein Verhalten könnte ihm fraglos aber geschäftlich auch teuer zu stehen kommen, denn auch CDU-Veranstaltungen sind regelmäßig dort.

So weit, so demokratisch. Dass er am Rande natürlich großen Spaß hat, eine angebliche (kann allerdings ja leider auch stimmen) Gewerkschaftssekretärin zu beschreiben, die sich weigerte, sich von einer Bedienung mit Kopftuch bedienen zu lassen, ist jetzt mal nicht der Hauptpunkt. Der Typ ist nicht zuletzt stadtbekannt für schlechte Arbeitszeiten und geringe Entlohnung, vor allem ohne Ende Überstunden. Was passiert nun? Durch das herrschende Gift des Rassismus wird er zum Beschützer seiner Beschäftigten, die ihm nachvollziehbar dankbar sein werden dafür, dass er die rassistische Stimmung draußen hält und ihnen so einen normalen Arbeitstag ermöglicht, was in Deutschland derzeit bei Bedienungen mit Kopftuch und Anderem offensichtlich nicht möglich zu sein scheint.

Was geschieht mit dem Klassenkampf und der Gegenwehr gegen die schlechten Arbeitsbedingungen? Vermutlich nichts mehr. Der Rassismus erstickt den Klassenkampf schon im Vorfeld und der Chef kann sich noch zum Demokraten aufspielen, braucht von seinen Leuten nichts mehr zu fürchten. So fördert der Rassismus ganz konkret die Ausbeutung.

Das Beispiel unterstreicht markant, dass ohne gleiches Recht für alle und durch den Rassismus scheinbar immer etwas zwischen den Klasseninteressen und der Gemeinsamkeit der Arbeiter steht. Erst durch den Kampf um das gleiche Recht kann sich auch der Klassenkampf in voller Breite entwickeln. Setzt der Chef das gleiche Recht im umgrenzten Raum seiner Firma durch, bringt das für den Klassenkampf wenig.

Außerdem zeigt das Beispiel am Rande auch, was Volksfront wäre, wenn Faschismus konkreter wird. Plötzlich tauchen Bürgerliche auf, die in ihrem Leben nichts Politisches gemacht haben und pochen auf Demokratie, weil sie meinen, dass sie dort besser Geschäfte machen können. Mit all diesen Widersprüchen sind wir konfrontiert, traurig genug wenn ein Chef den Rassismus aus dem Haus weist und nicht wir.

R. Fürst

